

Gewalten



Inhalt:

Vorab und in eigener Sache von Karin Just	3
SCHWERPUNKT: GEWALTEN	
Schluss mit pauschaler Verdummung von Fritz Köbler	4
Wirkungen von Mediengewalt: Wissenschaft oder Vernebelung? von Dr. Werner Hopf	7
Wenn die Schule zum Albtraum wird ... von Elisabeth Altmann	10
Die Maus auf der Goldwaage Wege aus der alltäglichen Gewalt gegen Frauen in der Schule von Judith Barnickel	12
Sexuelle Traumatisierung von Kindern und Jugendlichen von Dr. Rita Völker	14
Schule, Bildung und Gewalt Fragen zur Veränderung des Lernens von Dr. Klaus Weber	16
Wir sind nicht der Watschenmann ... Münchner soziale Träger gegen Sparmaßnahmen	18
Schöne neue Arbeitswelt Bericht vom Seminar der LFG Erwachsenenbildung von Ute Schmitt	20
Globalisierung und soziale Polarisierung von Dr. Christoph Butterwegge	20
Die Kriegsgefahr ist nicht gebannt! Warum will Bush unbedingt Krieg gegen den Irak? von Reinhard Frankl	23
BERICHTE - LESERBRIEFE - GLÜCKWÜNSCHE - HINWEISE	
Aufruf zu den MAV-Wahlen	24
2. ErzieherInnentag der GEW Bayern	25
Leserbriefe	26
Dies und Das	27
Ergebnisse der Personalratswahlen in kommunalen Schulen in Nürnberg und München	29
Glückwünsche	30
Diverses	
Warnstreik bei DEKRA	31
Veranstaltungen	31

Wichtig ... Wichtig ... Wichtig ... Wichtig

Beitragsquittung 2002

Die Februar-Ausgabe von »Erziehung und Wissenschaft« wird für die bayerischen GEW-Mitglieder zwei wichtige Beilagen enthalten: Neben der erstmals im »Huckepack-Verfahren« verschickten DDS 1-2/2003 (vgl. S. 3) ist als Beilage die Beitragsquittung für das Jahr 2002 enthalten, vermutlich wieder in Form einer doppelten verklebten Rückseite. Wir bitten deshalb um Aufmerksamkeit.

Diese Beitragsquittung enthält naturgemäß persönliche Daten und muß dementsprechend vor fremden Blicken geschützt werden. Sie wird deswegen wieder durch Perforation bzw. Verklebung wie ein Brief verschlossen. Wer trotzdem Datenschutz-Bedenken hat und deswegen die Quittung nicht auf diesem Wege zugeschickt bekommen will, möge dies bitte bis spätestens 15. Dezember 2002 der GEW-Landesgeschäftsstelle melden (Schwanthalerstr. 64, 80336 München; Fax 089 / 538 94 87; e-mail: gn@bayern.gew.de) und wird dann vom Versand der Beitragsquittung ausgenommen.

bu

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-538 94 87 e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Jörg Nellen, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ursula Renate Riedner, Ute Schmitt, Ernst Wilhelm.

Bildnachweis (nur soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt):

Titelseite: Manfred Vollmer, Seite 3: Robert Michel, Seite 31: Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.12.2002 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- Euro zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer Euro 3,50.

Die DDS erscheint z. Zt. zweimonatlich, ab dem Jahr 2003 10x im Jahr

Adressänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Gestaltung: Karin Just

nächster Redaktions- und Anzeigenschluss: 5. Januar 2003

Vorab und in eigener Sache ...

... zur vorliegenden Ausgabe

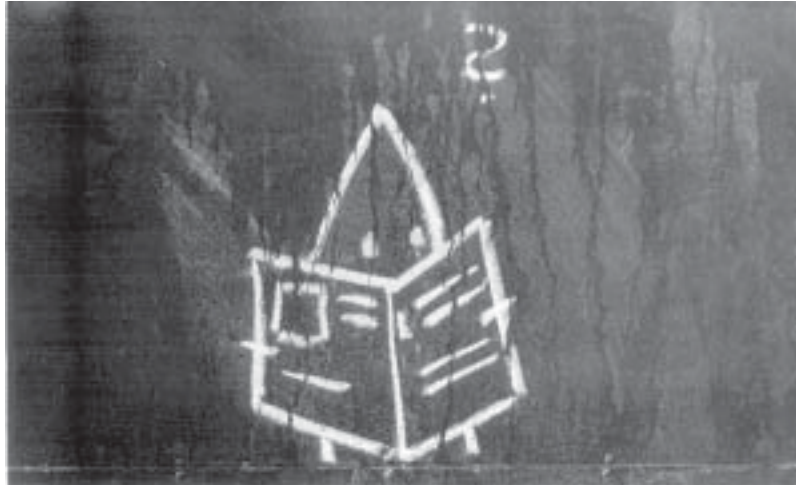
Wir greifen in dieser ›DDS‹ das Thema Gewalt auf. Bewusst nicht anlässlich eines aktuellen einzelnen Ereignisses, denn wir meinen, dass Gewalt in vielen Formen unseren Alltag berührt. Nur bleibt alltägliche Gewalt häufig unbeleuchtet und damit am Rande unserer Wahrnehmung, während die Scheinwerfer öffentlicher Aufmerksamkeit die spektakulären Fälle grell ausstrahlen.

So fern es uns liegt, die brutalen Gewaltausbrüche in den Schulen gleichzusetzen mit alltäglichen gesellschaftlichen Gewaltformen, so sehr liegt es uns am Herzen, diese Amokläufe nicht als isolierte Ereignisse in einer ansonsten relativ erträglichen Welt zu betrachten.

Deshalb reicht das Spektrum im vorliegenden Heft von der Auseinandersetzung über die Auswirkungen von Gewalt in den Medien auf Kinder und Jugendliche bis hin zur drohenden Kriegsgefahr.

Wir waren während der Arbeit an dieser Zeitschrift mit dem Problem konfrontiert, dass zum Thema Gewalt viel mehr zu schreiben ist, als auf unseren wenigen Seiten Platz findet. Alle Texte, die uns erreichten, ungekürzt wiederzugeben, hätte des dreifachen Umfangs dieser ›DDS‹ bedurft. Aber eingengt von den Grenzen einer vorgegebenen Seitenzahl haben wir uns entschlossen, diese Grenzen zu überwinden, indem wir das Medium Zeitschrift in das Medium Internet erweitern: Auf der Homepage der GEW Bayern (www.bayern.gew.de) führen Links von den jeweiligen ›DDS‹-Seiten zu den vollständigen Ursprungstexten aller hier abgedruckten Artikel. So haben sich unsere AutorInnen, obwohl wir ihre Texte kürzen mussten, nicht vergeblich um eine umfassende Darstellung ihres Themas bemüht, und unsere Leserinnen und Leser können sich weitere Argumente und Hintergrundmaterialien bei Interesse aus dem Netz holen.

Und nicht nur das: Themen, die zur Auseinandersetzung provozieren – wie z.B. die sehr konträren Positionen zur Auswirkung von Gewalt in den Medien in diesem Heft – sollen im Rahmen von Diskussionsforen auf unserer Homepage weiterdiskutiert werden können. Dort besteht die Möglichkeit, eigene Erfahrungen und Meinungen zu strittigen Fragen einzubringen und andere abzuholen. Auf diesem Wege hoffen wir, aus unserer chronischen (Platz-)Not eine Tugend zu machen und mehr Leserinnen und Lesern die Möglichkeit einer breiteren Information und des direkten Austausches zu geben. Mal sehen, ob's klappt. Wir bitten um Rückmeldung und Kritik zu dieser erweiterten Form. Nur so können wir lernen und verbessern.



... zur künftigen Form der ›DDS‹

Die LandesvertreterInnenversammlung der GEW Bayern im März dieses Jahres hat es gewünscht und der Landesausschuss der GEW hat es beschlossen: die ›DDS‹ wird künftig wieder öfter erscheinen. Zehn Ausgaben pro Jahr sind geplant, davon je eine Doppelnummer für Dezember/Januar und eine für Juli/August. Und obwohl jedes Heft künftig nur 24 Seiten umfassen wird, ergibt sich auf's Jahr gesehen doch ein erheblich höherer Umfang. Wir können mehr Themen aufgreifen, gerade auch strittige, was unsere Absicht ist. Wir hoffen, dass wir in dieser neuen Form auch aktueller sind – so können z.B. Veranstaltungen zeitnah angekündigt werden.

Damit der Wunsch nach häufigerem Erscheinen trotz knapper Finanzen (auch bei uns) erfüllt werden kann bedarf es u.a. einer preislich günstigeren Form der Zustellung an die LeserInnen. Wir haben uns deshalb entschlossen, die ›DDS‹ künftig mit unserer Bundeszeitschrift ›Erziehung und Wissenschaft‹ zu versenden. Dieses sogenannte »Huckepack-Verfahren« wird bereits erfolgreich von den meisten anderen GEW-Landesverbänden praktiziert. Erforderlich ist dafür eine ganz stringente Zeitplanung und wir bitten deshalb heute schon um Nachsicht, dass wir bezüglich unseres Redaktionsschlusses künftig nicht mehr so flexibel sind wie bisher. Allerdings hoffen wir, dass dies der einzige Nachteil ist. Dem steht ja auch der Vorteil gegenüber, dass garantiert zu Beginn jedes Monats die ›DDS‹ auch im Briefkasten liegt.

Im nächsten Jahr wird also die erste ›DDS‹ Anfang Februar zusammen mit der E&W im Briefkasten liegen. Aber bereits im Januar beginnen wir einen »Testlauf« mit einem vierseitigen Sonderblatt – denn alles will erprobt werden. Dieses Sonderblatt soll die Kontaktadressen der GEW Bayern enthalten, die bisherige »Anschlagtafel«. Informationen der GEW-Gliederungen über Änderungen hierzu erbitten wir bis allerspätestens 15. Dezember an die Geschäftsstelle oder per E-mail an die Redaktion: KJ@bayern.gew.de. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern erholsame Feiertage und einen guten Eintritt ins Jahr 2003

Karin Just
Redaktionsleiterin



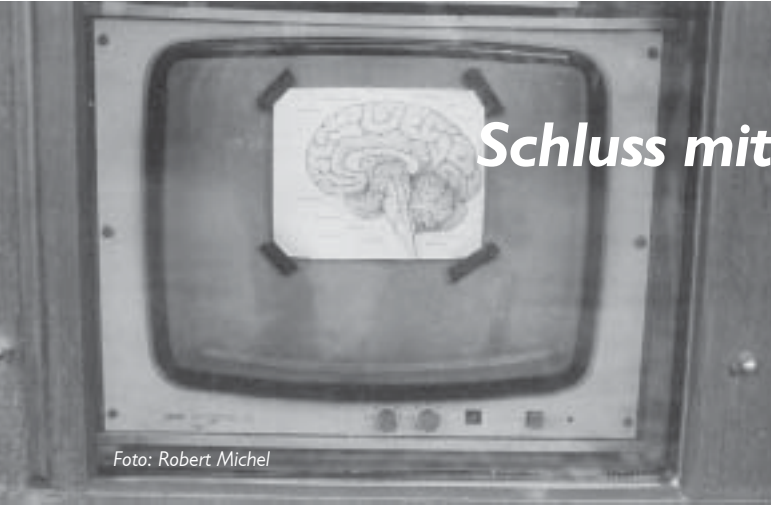


Foto: Robert Michel

Schluss mit pauschaler Verdummung!

Wie viel ist nach Erfurt an Betroffenheit geäußert worden?! Und wie schnell hat man begonnen, die alten Sündenböcke vor sich herzutreiben. Ich glaube nicht, dass man Phänomenen wie Erfurt, Freising, Brannenburg, Meißen, Bad Reichenhall und vielen anderen mit gesetzlichen Regelungen beikommen kann. Man mag die Waffengesetze verschärfen, es wird nicht schaden und wohl wenig nützen. Aber zu einem Punkt, der wieder mal in die Debatte gekommen ist, muss man doch aus Sicht der (Medien-)Pädagogik etwas sagen.

Populistische Klischees

Ich verfolge seit gut 15 Jahren aufmerksam Fälle jugendlicher Gewalttäter. Ich kann mich an kaum ein Beispiel schwerer Körperverletzungen, Totschlags oder Mordes erinnern, in dem nicht reflexartig zuerst der Hinweis auf das Vorhandensein gewalttätiger Video-Computerspiele oder anderer Medien vorgetragen wurde. Warum wird das eigentlich nur bei Jugendlichen festgestellt? Hören denn diese angeblichen Verführungen durch Medien schlagartig auf, wenn jemand 20 oder 25 oder 30 Jahre alt geworden ist? Warum fordern eigentlich alle politischen Parteien mehr Medienpädagogik, wenn sie dann aus populistischen Motiven alle sachlichen Erkenntnisse der Medienpädagogik vom Tisch wischen? Man kann sicher die Flut physischer Gewaltaktionen in Medien einschränken. Nur soll man sich dadurch nicht die Reduzierung gewaltsamen Handelns erhoffen.

Zur medienpädagogischen Diskussion heute einiges Grundsätzliche:

Perspektivenwandel

Diejenigen, die den Medien alle Schuld geben, gehen noch von den uralten, platten Wirkungsthesen aus, wie etwa der direkten Nachahmung oder der formalistischen Habitualisierungstheorie. Praxisorientierte Medienpädagogik fragt längst nicht mehr: Wie wirken Medien auf Kinder/Jugendliche? Sie fragt vielmehr: Wie gehen Kinder/Jugendliche mit Medien um? Was machen sie für sich aus ihren Medienerlebnissen?

Dieser Perspektivenwandel berücksichtigt, dass Kinder/Jugendliche nicht unbeschriebene Blätter sind, die u.a. von

Medien ohne eigenes Zutun irgendwie »beschrieben« werden. Vielmehr respektieren wir heute, dass Kinder von Anfang an auch eigenständige, eigenverantwortliche, individuelle Wesen sind, die alle Umwelterfahrungen – und dazu gehören auch die medialen – nach ihrer Persönlichkeit individuell verarbeiten.

Die Diskussion um die Rolle von Medien erinnert an die Diskussionen über Hasch als Einstiegsdroge. Vielleicht haben viele, die bei harten Drogen landen, irgendwann mal Hasch geraucht, ebenso wie jeder Alkoholiker irgendwann evtl. mit einem Glas Bier begonnen hat. Wähle ich die Perspektive umgedreht und frage, wie viele von denen, die irgendwann mal einen Joint geraucht haben, bei harten Drogen gelandet sind, oder wie viele von denen, die mal ein Glas Bier oder Wein getrunken haben oder trinken, Alkoholiker sind, dann schaut die Sache ganz anders aus.

Aus dieser Perspektive müssen wir auch nach dem Umgang mit Medien fragen, weil nur diese Fragestellung akzeptiert, dass kein Mensch durch irgendwelche Einflüsse »automatisiert« wird, sondern jeder seine Verantwortung für sein Leben behält. Indem wir junge Leute zu mediengesteuerten Monstern erklären, denen sozusagen keine eigene Verantwortung über ihr Leben mehr eingeräumt wird, verstoßen wir ununterbrochen gegen Artikel 1 des GG, der die Würde jedes individuellen menschlichen Lebens garantiert.

Ein exemplarischer Fall

Vor Wochen gab es in Nürnberg einen Mordprozess gegen einen jungen Mann aus meinem Heimatort, der einen jugendlichen Kameraden getötet hatte. Auch hier wurde sofort die Öffentlichkeit darauf gestoßen, dass er zuhause einschlägige Videos etc. hatte. Ich rechne es dem Gericht hoch an, dass es bei der Urteilsfindung diesen Aspekt kaum zum Zuge kommen ließ. Es hätte – mit einschlägigen Gutachten – für den jungen Mann vielleicht ein milderer Urteil heraus kommen können. Ich denke aber, man hätte ihm keinen Gefallen getan, weil man ihm eben dann die Würde genommen hätte, die darin besteht, dass er für seine Tat auch selbst die Verantwortung übernehmen durfte.

Und ein anderer Aspekt in diesem Fall erscheint mir sehr wichtig. Ich kenne zufällig zumindest einige wichtige Facetten aus dem Leben dieses jungen Mannes. Und diese zeigen einmal mehr, dass es sehr persönliche und zum Teil sehr schwierige Lebenserfahrungen waren, die eine Entwicklung begünstigt haben, aus der heraus er die Tat begangen hat. Ich sage bewusst »begünstigt«, weil ebenso wenig wie mediale Erfahrungen natürlich auch bestimmte traurige und negative Lebenserfahrungen jemand sozusagen »automatisch« zum Gewalttäter machen.

Bei allen Fällen, die ich in den letzten Jahren verfolgt habe, auch dort, wo mir ErzieherInnen aus der Praxis von bösaartig aggressiven Kindern/Jugendlichen in Einrichtungen erzählen, die typischerweise auch manche Horrorstreifen sich reingezogen haben, zeigen genauere Rückfrage und Information stets, dass die Betroffenen eine Reihe problematischer Lebensumstände und -erfahrungen zu verkraften und dabei oft allzu wenig Hilfe gefunden hatten.

Mediale und reale Gewalt

Mit anderen Worten: Medien sind zunächst ein Spiegel der Gesellschaft. Wir müssen also genau darüber nachdenken, wo, wie und in welchem Umfang unsere Gesellschaft gerade jungen Menschen gewaltförmig begegnet. Die Gewalterfahrung beginnt im »realen Alltag«. Und von dort kann sie sich fortsetzen in die Medien, zumal natürlich die Medien immer mehr auch selbst Teil des realen Alltags werden. Insofern kann es natürlich ab einem bestimmten Punkt zu einem unseligen Kreislauf kommen.

Dieser Punkt liegt aber in aller Regel im persönlichen Erleben des einzelnen kindlichen und jugendlichen Menschen. Es gibt wenige Kinder, die sich – längerfristig – sozial isolieren, weil sie sich zu sehr mit Medien befassen. Vielmehr ist es umgekehrt so, dass Kinder/Jugendliche, die persönliche Probleme, Kontaktprobleme usw. haben, nicht selten beginnen, sich abzukapseln, sich in Medienwelten zu flüchten und diese dabei mit Realität insgesamt gleichzusetzen.

Es ist falsch zu unterstellen, Kinder/Jugendliche könnten grundsätzlich nicht zwischen Medien und Realität unterscheiden. Viele Kinder können das, gerade bei artifiziellen Produkten wie Zeichentrickfilmen, Computerspielen usw., sehr früh. Sie können es – als Kinder – schlechter bei sogenannten »reality«-Produktionen. Und sie können es auch dann schlecht, wenn sie feststellen, dass es zwischen den Mediendarstellungen und ihrem Alltagsleben hochgradige Übereinstimmungen gibt. Mit anderen Worten: Wenn Kinder/Jugendliche ihren Lebensalltag als intensiv mit Gewalt durchzogen erfahren, dann ist die Gefahr hoch, dass sie in medialer Gewalt eine Bestätigung finden. Das heißt aber, es nützt wenig, bei Medien anzusetzen, es geht darum, Kindern/Jugendlichen einen anderen Alltag zu ermöglichen.

Es fällt bei Elternabenden und in der öffentlichen Diskussion auf, dass unter medialer Gewalt allein und oberflächlich physische Gewaltakte verstanden werden. Die scheinen mir noch das geringste Problem zu sein. Alle Formen psychisch-emotionaler Gewalt, wie z.B. Diskriminierungen, Stigmatisierungen und v.a. strukturelle Gewalt werden gar nicht ins Auge gefasst. Was also soll eingedämmt werden, wenn über Eindämmung von Gewalt in Medien gesprochen wird? Ein Löwe, der im Naturfilm eine Antilope reißt, ein heftiger, lautstarker Streit zwischen einem Ehepaar in einem Film können erfahrungsgemäß Kinder weit stärker traumatisieren als eine Schießerei in einem Krimi.

Wie verarbeiten Kinder Gewalt?

Insbesondere strukturelle und emotionale Gewalt erfahren viele Kinder im Alltag auch dort, wo in der Erziehung nicht mehr physisch misshandelt wird. Wer untersucht die Medien in Hinblick auf eine Bestätigung solcher Gewalt? Öffentliche Erziehungseinrichtungen mit ihrer Bürokratisierung von Lernprozessen, ihrer Frühaussage, mit ihrer Form der Leistungsmessung usw. sind eine Brutstätte solcher struktureller Gewalt. Ein Problem medialer Gewalt ist gerade, dass sich Gewalt nicht objektiv definieren lässt. Die Schwierigkeit ist vielmehr, dass jedes zuschauende/spielende Kind je nach eigener Situation, Lebenserfahrung usw. für sich persönlich völlig verschiedene Dinge als Gewalt erfährt. Insofern müsste man dann jegliche mediale Darstellung untersagen.

Die Dramen der alten Griechen sind voller Gewalt. Und wo gibt es mehr Leichen als bei Hamlet? Wie blutrünstig war der gute alte Karl May, der mir und meinen Freunden in der Kindheit als Spielvorlage gedient hat? Und worin liegt der Unterschied zwischen »Mensch-ärgere-dich-nicht«, wo Kinder voller Wonne den Gegner in Form seiner Figuren »eliminieren«, und dem Abschießen irgendwelcher artifizialen Figuren in einem Computer-Spiel?

Es wird in der Diskussion ein zentraler Punkt vergessen: der Symbolcharakter von Medien. Bei Märchen ist man/frau sich unter MedienpädagogInnen weitgehend einig, dass die »Bilder« des Märchens, das Aussetzen im Wald, die Verbrennung der Hexe usw. für Kinder wichtige psychologische Symbolfunktionen haben. Man vergisst, dass dies für alle Medien gilt. Kinder nehmen symbolisch das wahr, was sie in irgendeiner Weise mit ihrem augenblicklichen Leben verbinden können. Und eben deshalb kommt es darauf an, zu gucken, was wohl ihr augenblickliches Leben ausmacht. »Kinder brauchen Monster« sagt B. Bettelheim. Kinder brauchen also durchaus verschiedene Darstellungen von Gewalt, Angst usw., um ihre Aggressionen und ihre Ängste verarbeiten zu können. Das ist ein viel individuellerer und komplexerer Prozess als die alte sehr pauschale »Karthaisstheorie«.

Kleines Resümee

Kinder brauchen Raum

Kinder und Jugendliche haben sehr viel Grund, entwicklungs- und lebensbedingt Wut und Aggression zu entwickeln. Es wäre an der Zeit, darüber nachzudenken, was wir tun könnten, um einen Teil dieser Ursachen abzubauen. Da es aber kein aggressionsfreies Leben gibt, wäre ein weiterer Punkt, darüber nachzudenken, wie wir Kindern und Jugendlichen in der Sozialisation Möglichkeiten bieten können, ihre Aggressionen ohne Destruktivität und Schaden für andere Menschen abzureagieren.

Es gibt unterdessen für erzieherische Einrichtungen eine Menge praktischer Vorschläge: von Wutecken und Raufzo-

nen bis zu aktiven Streitschlichtungsverfahren, Mediations-Systemen, in denen Jugendliche dies auch selbstverantwortlich tun dürfen usw. Da sich bei jungen Menschen Emotionalität sehr stark in Bewegungsenergie umsetzt, wäre es aus Sicht der Medienpädagogik besonders wichtig, ihnen in Familien, erzieherischen Einrichtungen und der Gesellschaft möglichst viele aktive Bewegungsräume zu geben. Der steile Abbau von Schulsport, die mangelnden Angebote an Jugendliche im öffentlichen Bereich außerhalb von Vereinen, Wohnungsbau und Verkehrspolitik u.v.a. gehen mehr und mehr auf Gegenkurs zu dieser Forderung.

Ablenkungsmanöver

Es ist erstaunlich, wie schnell sich alle Verantwortlichen einig waren, dass am Schulsystem in diesem Zusammenhang nichts Wesentliches zu ändern ist. Dabei gibt es sicher kaum eine Einrichtung, in der junge Menschen so lange so grundsätzlich in strukturelle und emotionale Gewalt eingeübt werden. Schon vor über 25 Jahren, als junger Referendar in einem Gymnasium, war ich entsetzt darüber, dass 11-12jährige SchülerInnen ihren KlassenkameradInnen bewusst falsch eingeschagt haben, um ihrer eigenen Vorteile Willen. Als Antwort auf PISA weiß man in Bayern nichts Besseres, als die »Frühausleseverfahren« zur »Übung« noch mal ein Jahr weiter nach vorne zu verlegen.

Es wird immer wieder gesagt: Schluss mit Kuschelpädagogik, Leistung muss her. Abgesehen davon, dass ich nur wenige SchülerInnen kenne, die ihre Schulen als ideale Kuschelnische empfinden, läuft auch diese Diskussion in Fronten von vorgestern ab. Es geht gar nicht um die Frage: Leistung ja oder nein. Es geht vielmehr um die Frage, welche Art von Leistungen erscheinen uns wichtig? In welchen Formen können Leistungen am sinnvollsten ermittelt werden? Und was kann und muss getan werden, dass jedes Kind/jeder Jugendliche die Chance hat, seine/ihre Leistung, also das ganz persönliche Potenzial, zu entfalten?

Gewalt ist »männlich«

J. Galtung hat vor vielen Jahren strukturelle Gewalt u.a. damit definiert, dass zu ihr alles gehöre, was das Individuum daran hindere, seine jeweils individuellen Fähigkeiten

und Möglichkeiten bestmöglich zu entfalten. Betrachtet man, was in unserem Schulsystem mit seiner gnadenlosen Frühauslese, mit seinen gleichmacherischen, formalistischen Formen von Leistungsnachweisen usw. abläuft, dann sind sie in diesem Sinne in der Tat als Grundlage der strukturellen Gewalterfahrungen junger Menschen zu sehen. Und wie PISA zeigt, gilt dies gerade auch für die soziale Diskriminierung.

Der niedersächsische Justizminister Pfeiffer hat wiederholt darauf hingewiesen (auch in Zusammenhang mit Erfurt), dass wir nicht über Jugendgewalt reden sollten sondern über »männliche Gewalt«. Tatsächlich geht es bei dieser Gewalt bisher um rein männliche Gewalt. D.h. aber, wir müssen als Gesellschaft und im Erziehungssystem (inkl. Familien) dringend darüber nachdenken, was bei der Sozialisation von männlichen Kindern noch immer falsch läuft, warum wir offensichtlich keine besseren Rollenbilder anzubieten haben. Und dies ist auch eine Frage an die Frauen, angesichts der Tatsache, dass die Sozialisation von der Geburt bis ins Grundschulalter hinein auch bei Jungen zu 80 oder 90 % über Frauen läuft.

Gefährliche Defizite

Natürlich muss auch über »Werte« diskutiert werden. Die Frage ist aber, über welche und in welcher Form. Junge Menschen neigen dazu, weniger nach Worten als nach Taten zu gehen. J.U. Rogge weist immer wieder darauf hin, dass wir Kinder in der Erziehung zu sehr »zulabern«. Wenn wir also Werte in den Blickpunkt rücken, dann müssen wir sie in Staat, Gesellschaft, Familie, Schule usw. vor allem leben und nicht nur debattieren.

Und noch einmal zu den Medien. Problematischer als die Gewaltdiskussion erscheint mir ein anderer Aspekt. Der Erfurter Täter soll davon gesprochen haben, er werde noch mal »berühmt«. Und Medienwissenschaftler wissen, dass eine problematische Folge der Mediengesellschaft darin besteht, dass viele (gerade junge) Menschen das Gefühl haben, ihr Leben sei bedeutungslos, wenn sie nicht einmal groß in Medien heraus kommen (vgl. Talkshow-Flut, Andrang zum Casting bei soaps u.v.a.). Die eigene Bedeutung an der öffentlichen Berühmtheit zu messen, zeugt von einem riesigen Defizit an Selbst-Bewusstsein und Selbst-Vertrauen. Wir reden immer davon, dass wir unsere Kinder stark machen müssen, aber offensichtlich tun wir das zu wenig.

Es tut Not, endlich ehrlich, differenziert, sachlich und gründlich zu analysieren, zu diskutieren und zu handeln. Schluss mit der öffentlichen Verdummung.

von Fritz Köbler

Dozent für Medienpädagogik
in der ErzieherInnenbildung
an der Fachakademie des
Landkreises Erlangen-Höchstadt



Wirkungen von Mediengewalt: Wissenschaft oder Vernebelung?

Foto: Karin Just

In den Tagesthemen der ARD am 08.05.02 wurde der Bericht über ein Forschungsprojekt an der FU Berlin über brutale Computerspiel wie folgt anmoderiert: »Die politische Aufarbeitung des Attentats in Erfurt geht weiter. Die Bundesregierung legte am Mittwoch einen Gesetzentwurf vor, der eine striktere Durchsetzung des Rauchverbots für Jugendliche unter 16 Jahren und ein Verbot gewalttätiger Computerspiele vorsieht. Nach wie vor ist es wissenschaftlich nicht bewiesen, dass es einen Zusammenhang zwischen einem erhöhten Gewaltpotential und dem Spielen von brutalen Computerspielen gibt. Ein Team von Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin will der Frage nun mit einem neuen Ansatz begegnen: Der Ein-Stellung zum Tod.« Anschließend zeigte dann Prof. Lenzen, FU Berlin, Ausschnitte aus dem angekündigten Projekt, in dem zwei Gruppen nach ihren Reaktionen auf Killerspiele gefragt wurden: Eine Gruppe mit Todeserfahrungen (z.B. Todesfälle in der Familie) und die andere ohne solche Erfahrungen. Was kann dabei herauskommen? Allenfalls, ob sie sich in der Rezeption der interaktiven PC-Gewalt unterscheiden. In den zwei Gruppen geht es also um die Interpretation der persönlichen Reaktionen auf mediale Gewalt. Über Effekte medialer Gewalt auf Kinder und Jugendliche wird dadurch wissenschaftlich nichts belegt. Entscheidender ist aber die im Fernsehen vermittelte Botschaft, es sei wissenschaftlich nicht bewiesen, dass mediale Gewalt psychische Veränderungen und aggressives Verhalten bewirkt.

Bevor Forschungsergebnisse hierzu kurz dargestellt werden, um Vernebelungen und Vorurteile zu widerlegen, soll noch auf eine Strategie der Medien verwiesen werden, die systematisch ist: Teile und herrsche. Diese alte Herrschaftsmethode wurde am obigen Beispiel mit und durch Prof. Lenzen wieder praktiziert. Sie unterstützen viele andere »Hauswissenschaftler« der Medien. So hatte auch Lenzen auf dem Kongress für Erziehungswissenschaften 2002 in München zusammen mit anderen Medienpädagogen behauptet, dass »die Wirkungsforschung gescheitert sei«. Diese sachlich falsche Aussage kann nur als Vernebelungstaktik bezeichnet werden, denn sie ignoriert 50 Jahre internationale Medien-Wirkungsforschung, durch die der Nachweis der kausalen Wirkung von gewalthaltigen Darstellungen in den Medien geführt wurde. Es gibt darüber keinen Streit innerhalb der seriösen Wissenschaft, was von man-

chen mediennahen Wissenschaftlern, von Medienvertretern und Politikern behauptet wird. So ließ sich z. B. durch Metaanalysen zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Lungenkrebs und Rauchen auf 16% der Raucher zutrifft, während sich die Effekte von medialer Gewalt bei 10-15% von Kindern und Jugendlichen nachweisen ließen. In Risikogruppen, wie z. B. Hauptschüler, sind die Zusammenhänge noch stärker.

Erfurt und Freising, die Schulmassaker in den USA, die schon bis 1996 belegten 10 Nachahmungsmorde aufgrund des Films »Natural Born Killers« (SZ 6./7.07.96), die im »Observer« (09.06.02) veröffentlichte Liste der 14 »Scream«-Morde als Folge dieses Horrorfilms, die um den »Vanessa-Mord« in Augsburg zu ergänzen ist: Haben sie ein Umdenken bewirkt?

Obwohl sich an Einzelfällen kein wissenschaftlicher Beweis führen lässt, zeigen die fehlenden Konsequenzen nach medieninduzierten Morden, dass an der Lösung der Probleme kein ernsthaftes Interesse besteht.

Zum Forschungsstand

In ihrem Überblick über die Anzahl von Primärstudien berichteten Anderson&Bushman folgende Untersuchungszahlen: 46 Längsschnittstudien mit 4975 Probanden, 86 Querschnittsstudien mit 37 341 Probanden, 28 Feldexperimente mit 1976 Probanden und 124 Laborexperimente mit 7305 Probanden

Diese Zahlen beziehen sich auf den englischsprachigen Raum. Im deutschsprachigen Raum sind hier vor allem die Untersuchungen von Lukesch, Lamnek, Kleiter, Tillmann et. al., Grimm und Weiß zu nennen. Der kausale Nachweis der Wirkungen von medialer Gewalt ist durch Labor- und Feldexperimente geführt, insbesondere durch das Feldexperiment in Kanada vor und nach Einführung des Fernsehens. Drei Gemeinden in Kanada wurden untersucht. In einer Gemeinde gab es noch kein Fernsehen (Notel), es sollte aber eingeführt werden. In der zweiten Gemeinde war ein TV-Sender schon zu empfangen (Unitel) und in der dritten gab es schon mehrere TV-Sender zur Auswahl (Multitel). Nach zwei Jahren war in Notel ein Fernsehsender, nämlich der Regierungskanal CBC mit zwei Fernsehkrimi pro Woche als einzige gewalthaltige Sendung zu empfangen.

45 Kinder wurden hinsichtlich ihres Ausmaßes an verbaler und physischer Aggression vor Einführung des Fernsehens in Notel untersucht, als die Kinder in der 1. und 2. Schulklasse waren. Die zweite Untersuchungswelle fand zwei Jahre später statt, nach Einführung des Fernsehens, als die Kinder die 3. und 4. Schulklasse besuchten. Die Fernsehzeiten der Kinder unterschieden sich nicht hinsichtlich des Geschlechts.

Die Autoren fanden einen signifikanten Anstieg von verbaler und physischer Aggression zwei Jahre später bei den Kindern von Notel, bei Jungen und Mädchen, unabhängig davon, ob die Kinder vor Einführung des Fernsehens friedlich oder aggressiv waren. Daraus ist zu folgern, da die Randbedingungen überprüft wurden und sich nicht geändert hatten, dass die Gewaltdarstellungen im Fernsehen die Ursache für den Anstieg der Aggressionen bei den Kindern von Notel waren.

Verstärkungseffekt oder Verursachung?

Vor allem durch dieses Feldexperiment ist die Frage geklärt worden, ob der Konsum medialer Gewalt Gewaltbereitschaft erzeugt oder nur vorhandene Dispositionen verstärkt. Auch bei friedlichen Kindern in Notel verursachte die TV-Gewalt verbale und physische Aggressionen. Die Verstärkungsthese wiederholt z.B. Theunert seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, »dass Medien und ihre Inhalte in erster Linie Verstärkungseffekte haben, also bereits existierende Dispositionen unterstützen, nicht aber neue generieren können«. Kleiter widerlegte auch die simple Verstärkungsthese in seiner Untersuchung von 2400 Schülern: »Zwischen den ersten beiden Kettengliedern (Mediengewalt-Aggressivität-Aggression) im 3-Schritt-Modell läßt sich keine einseitige Richtung aufrechterhalten. Es existiert vielmehr eine gegenseitige Beeinflussung des Konsums von Film-Aggression auf den Erwerb von Trait-Aggressivität und umgekehrt. Das Henne-Ei-Problem – erst Aggressivität, dann Konsum von Film-Aggression oder umgekehrt – erweist sich daher schon in der Fragestellung als irrelevant. Es existiert eine gegenseitige Aufschaukelung, nicht eine einseitige, nur in eine Richtung laufende Beeinflussung zwischen Filmkonsum und Aggressivitätsaufbau.«

Umwelt und Medienwirkungen

Ein zweites Problem der Medienwirkungsforschung bestand in der Annahme, dass nur unter bestimmten Bedingungen Lerneffekte durch Mediengewalt möglich seien. So nimmt z. B. Kunczik an, dass Kinder aus intakten Familien durch mediale Einflüsse nicht gefährdet wären. Die Befunde der Studie über gewalthaltige Computerspiele von Trudewind/Steckel belegen diese These nur unter der Bedingung, dass die Eltern die Nutzung gewalthaltiger PC-Spiele rigoros einschränken. In »intakten« Familie ohne Verbot der PC-Spiele bewirkte die mediale Gewalt genauso einen Empathieverlust wie bei Kindern ohne sichere Bindung. Auch in der Studie von Tillmann et. al. bildete die Mediengewalt den Haupteinflussfaktor auf physische Gewaltausübung, während restriktive oder akzeptierende Erziehungserfahrungen in der Familie statistisch keine Bedeutung hatten.

Das Problem, ob die Effekte medialer Gewalt bei gleichzeitigem Wirken von Drittfaktoren (Einflüsse der Familie, Schule, Peergroup, sozioökonomischer Status, psychiatri-

sche Auffälligkeiten etc.) auf die Entstehung von Aggressivität und Gewalttätigkeit ein eigenständiger und bedeutsamer Faktor sind, ist als gelöst zu betrachten. Durch mehrere nationale Studien wurde diese Frage schon in den 90er Jahren geklärt. Vor allem durch die Längsschnittstudie von Johnson et. al. wurde belegt, dass bei einer Vielzahl von Einflussfaktoren auf die Entstehung von Gewalttätigkeit im Jugendalter die Fernsehzeit der entscheidende Kausalfaktor war.

Im März 2002 wurde diese 17jährige Längsschnittstudie, die in den USA durchgeführt wurde, veröffentlicht und erregte internationales Aufsehen. 707 Familien aus dem Staate New York nahmen daran teil. Die Untersuchung begann 1975 und endet 1991-93. In dieser Studie wurde allein die Zeitdauer des Fernsehkonsums als Medienvariable erhoben, ebenso Persönlichkeitsmerkmale und Umweltfaktoren. Mit der Dauer des Fernsehkonsums, gemessen mit 14 Jahren, wuchs die physische Gewalttätigkeit, die gerichtlich bestraft wurde, im Alter von 16 Jahren signifikant an: Bei einer Stunde täglichem Fernsehkonsum wurden 5,7 % der Jugendlichen mit 16 Jahren gewalttätig, bei 1-3 Stunden 18,4% und bei mehr als 3 Stunden 25,3%.

Wirkungen von Computerspielen

Trudewind&Steckel untersuchten die Wirkungen von gewalthaltigen Computerspielen bei 8 bis 14 Jahre alten Kindern. Deren emotionale Desensibilisierung belegten sie als den zentralen Wirkmechanismus, der auch langfristig die Entwicklung von Empathie beeinträchtigt. Der Abstumpfungseffekt war umso größer, je positiver die Kinder Mediengewalt bewerteten, wobei eine sichere Eltern-Kind-Bindung tendenziell vor Desensibilisierung schützte. Eine sichere Bindung bewahrte jedoch nur dann vor den negativen Wirkungen, wenn die Eltern das PC-Gewaltspiel der Kinder verboten und damit konsequent Grenzen setzten. Wenn dies nicht geschah, schützte auch die sichere Bindung nicht vor den destruktiven Wirkungen. Zusammenfassend stellten die Autoren fest, dass gewalthaltige PC-Spiele die Fähigkeit zur Empathie stark beeinträchtigten und die Attraktivität von Gewalt gesteigert wurde. Dies wiederlegt die pseudoliberalen medienpädagogischen Vorstellungen, dass Kindern Erfahrungen mit Mediengewalt ermöglicht werden sollen, damit deren Attraktivität abgebaut würde.

Empathie ist die entscheidende psychische Hemmung für Gewalttätigkeit. Wenn diese durch Killerspiele zerstört wird, entsteht auch eine erhöhte Gewaltbereitschaft.

»Transferprozesse beim Computerspiel« untersuchten qualitativ Esser/Witting und führten dazu 20 Interviews mit Erwachsenen ab 18 Jahren durch, was keine Aussagen über Kinder oder Jugendliche ermöglicht. Die Autoren ziehen aus ihrer Untersuchung den Schluss: »Das unkritische und weitestgehend unbewusste Übertragen von Einstellungen und Verhaltensweisen auf die reale Welt birgt viele Konflikte und Gefahren in sich. Bestimmte Vorgehenswei-

sen, die der Virtualität entspringen, können in der Realität tragische Konsequenzen haben.« Dies ist eine Vermutung über Wirkungen der Killerspiele, in Erfurt Realität geworden, aber kein Beleg, da die methodische Vorgehensweise nur eine qualitative Interpretation von Interviewdaten bei kleiner Stichprobe ist. Fritz/Fehr vernebeln ebenso Wirkungen von Ego-Shootern: »Befragt man die Spieler direkt, und das zeigen alle unsere Untersuchungen, wird eine nachhaltige Auswirkung der virtuellen auf reale Welt eindeutig bestritten. Wohl aber, und auch darin sind sich viele (ältere) Spieler einig, könne dies bei Jüngeren sehr wohl der Fall sein.« Diese Haltung wird in der Medienwirkungsforschung als Third-Person-Effekt bezeichnet: Auf mich hat es keine Wirkung, nur auf die anderen.

Es ist hier nicht der Raum, kritisch auf die Methodik der narrativen Interviews einzugehen. Sie haben illustrativen Charakter für Wirkungen, die mit quantitativen Methoden erst belegbar sind. Als grundlegende Wirkung von Killerspielen auf Kinder und Jugendliche sehen Grossman/Gaetano das Erlernen des Tötens, indem Desensibilisierungs- und Konditionierungsprozesse ablaufen, die die Tötungshemmung des Menschen außer Kraft setzen.



von Dr. Werner Hopf

Schulpsychologe
Schulberatung Obb.-Ost
E-mail: w.h.hopf@t-online.de

Anschließend dokumentieren wir die Resolution der TeilnehmerInnen des Kongresses »Mediengewalt – Handeln statt resignieren« am 25. Juli 2002 in München

Resolution

Ergebnisse der Medienwirkungsforschung – Politische und pädagogische Konsequenzen.

50 Jahre Wirkungsforschung über Gewalt in den Medien erbrachten eindeutige wissenschaftliche Fakten:

- Mediengewaltkonsum erhöht Aggressivität und Gewalttätigkeit bei 10-15% der Kinder und Jugendlichen. Das sind in Deutschland rund 1,5 Millionen. In Risikogruppen ist die Wirkung noch stärker.
- Die Hauptwirkung von Mediengewalt besteht im Aufbau von latenter Gewaltbereitschaft, die als Aggressivität in der bisherigen Forschung unbeachtet blieb (Prof. Kleiter).
- Gewalthaltige Computerspiele bewirken unmittelbar eine emotionale Desensibilisierung und langfristig eine herabgesetzte Mitleidsfähigkeit sowie eine größere Wertschätzung von Gewalt (Dr. Trudewind/Dr. Steckel).
- Bei Vielspielern am Computer wurden Hinweise auf Veränderungen der Gehirnaktivität gefunden, die mit aggressiven Verhaltensänderungen in Beziehung stehen können (Prof. Akio Mori, Nihon Universität Tokio).
- Die Tötungshemmung wird im Kontext weiterer Lernprozesse durch Killer-Spiele abgebaut (Dave Grossman).
- Intensiver Horror-Gewalt-Film-Konsum und Killer-Spiele bewirken mit das Lernen von destruktiven Emotionen (Hass, Neid, Rache), von Feindbildern und Gewaltbereitschaft (Dr. Hopf).
- Handlungsmuster für Gewalttätigkeit werden durch Mediengewaltkonsum gelernt und Lust an Gewalt verstärkt (Dr. Weiß).
- Metaanalysen über einige tausend internationale Wirkungsstudien zur Mediengewalt belegen diese wissenschaftlichen Fakten, die nicht wegdiskutiert werden können (Prof. Lukesch).

Die Behauptung, dass die bisherigen Forschungsergebnisse widersprüchlich seien, ist gezielt falsch. Diese Verfälschung wird von mediennahen Wissenschaftlern, Politikern und Medienvertretern systematisch öffentlich wiederholt, damit das Geschäft mit der Gewalt weitergehen kann (Dr. Weiß). Die im Bundestag erhobene Forderung nach mehr Grundlagenforschung ist voll zu unterstützen, sie darf jedoch kein Alibi dafür sein, heute nicht politisch konsequent zu handeln.

Politische und pädagogische Konsequenzen

- Eine klare und eindeutige Information der Öffentlichkeit über den Stand der Wirkungsforschung – und das in einer Sprache, die alle Menschen verstehen.
- Ein Verbot der Produktion (national) und des Vertriebs von gewaltverherrlichenden Filmen und Video-/PC-Spielen.
- Ein Gesetz zur Haftung für Medienprodukte.
- Änderung des Rundfunkstaatsvertrags: Generelles Verbot der Ausstrahlung indizierter Filme und eine schärfere Kontrolle des Jugendschutzes in den Medien durch Übertragung der Kompetenzen an eine öffentliche Institution des Bundes.
- Eine effektive Kontrolle der Gewaltangebote im Internet.
- Kritische Medienerziehung für Eltern, Lehrer und Schüler, da gesetzliche Maßnahmen nicht ausreichen.
- Finanzielle und zeitliche Ausstattung der Schulen für eine intensive kritische Medienerziehung.
- Boykott der Werbung in gewaltverherrlichenden Sendungen durch die Industrie. Dies trifft das Geschäft mit der Gewalt unmittelbar.
- Veröffentlichung der Industrieunternehmen, die häufig in gewaltverherrlichenden Sendungen werben.
- Verschärfung der Kriterien für die Bundesprüfstelle.

Es geht um eine konsequente Umsetzung der notwendigen Maßnahmen aufgrund wissenschaftlicher Fakten. Schon jetzt zeigt sich, dass Erfurt bald vergessen sein wird und die Medienindustrie ihr Geschäft wie bisher betreibt. Die Verwirrung der Öffentlichkeit durch widersprüchliche Behauptungen hat System. Der Zensurvorwurf gegen eine Stärkung des Jugendschutzes ist absurd: Die Opfer der Gewalt werden damit zu Opfern einer beliebigen Interpretation des Grundrechts der Meinung und der Kunst. Dieses Grundrecht ist dann nicht mehr in der Lage, die Menschenwürde zu schützen. In Wirklichkeit geht es um Gewinn- und Konsumfreiheit – und die soll nicht angetastet werden, auch wenn die Gewaltverherrlichung in den Medien die Menschenwürde mit Füßen tritt.

Die Wirkungen von Mediengewalt geschehen im Kontext von Gewalt in der Familie, Peergroup und Schule sowie im Rahmen gesellschaftlicher Verhältnisse. Mediengewalt-Wirkungen einzuschränken oder zu verhindern bedeutet, eine Ursache von Gewalt für viele Kinder und Jugendliche zu beseitigen.

Dr. W. H. Hopf, München; Dr. M. Kandler, Univ. München; Prof. em. Dr. E. F. Kleiter, Univ. Flensburg; Prof. Dr. H. Lukesch, Univ. Regensburg; Dr. R. Steckel, Univ. Bochum; Prof. Dr. R. Tippelt, Univ. München; Dr. C. Trudewind, Univ. Bochum; Dr. R. H. Weiß, Stuttgart.

Wenn die Schule zum Albtraum wird ...

Dies war Thema der besonderen Leistungsfeststellung zum Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses 2002 in Bayern. Eine Auswertung solcher Arbeiten zeigt die Perspektive von SchülerInnen.

Der Bericht eines 26-jährigen, der aus seiner Schülerzeit erzählt, wie ihm die Schule zum Albtraum wurde, sollte die SchülerInnen anleiten, sich zu ihren persönlichen Erfahrungen zu äußern. Sie sollten die Gedanken und Gefühle des Erzählers nachempfinden und sich über dessen zurückliegende Schulzeit in der Ich-Erzählform äußern. Dabei kamen Erscheinungen, die SchülerInnen bei Schulunlust kennen, in den Ich-Erzählungen zum Tragen, aber auch Erfahrungen mit der Bosheit der Klassenkameraden, die Schulangst erzeugen: »Ich hab jeden Morgen Angst gehabt, das Klassenzimmer zu betreten.« Nicht-Aufstehen-Wollen am Morgen ist eine weitverbreitete Reaktion: »Ich habe fast jeden Tag verschlafen.« Die Fehler bei sich zu suchen, Wut und Hilflosigkeit vor den Taten anderer zu empfinden, die Scham vor den Eltern - das alles ist den SchülerInnen bekannt. »Ich fühlte mich wie etwas Unnormales, wie etwas, das nicht auf die Welt gehört.« »Ich habe mich daheim allein am Nachmittag ausgehult bis die Mutter aus der Arbeit kam.« Solche Äußerungen kann nur treffen, wer diese Situationen kennt. »Ich war ausgeschlossen aus der Gemeinschaft, hilflos und schwach«, heißt es da.

Benannt werden ganz konkrete Mobbinghandlungen, mit denen SchülerInnen häufig konfrontiert sind: Hinterhältiges Auflauern, Verprügeln, Schulsachen kaputt machen, das Pausenbrot wegnehmen und aufessen: »Ich hatte Hunger und das Pausenbrot wegzunehmen war noch schlimmer für mich als die Prügel am Morgen.« Häufigeres böses Foulen im Sport, die »Lust am Quälen«, wie es ein Schüler ganz allgemein sagt, hat für die Opfer viele bittere Seiten. Nie scheint der Kampf offen ausgetragen zu werden. Aus dem Hinterhalt angegriffen zu werden, ist eine verbreitete Erfahrung: »Plötzlich standen alle im Kreis um mich herum, sie hatten Null Bock auf Unterricht, zuerst verletzten sie meine Ehre mit Worten und dann schlugen ein paar auf mich ein. Als ich am Boden lag, verschwanden alle.« »Dank euch konnte ich in meiner Schulzeit nie lachen,« erkennt ein türkischer Schüler verbittert und fährt fort: »Ihr habt meine Vergangenheit zerstört. Ich kann meinen Kindern niemals erzählen wie es in der Schule war, das wäre für mich zu peinlich.« »Sie haben nur das Äußere gesehen. Meine inneren Werte sahen sie nicht. Ich sagte immer zu mir, wenn die dich nicht mögen, dann mag dich keiner. Ich wollte mich umbringen, meine Pulsadern aufschneiden und eine Menge Tabletten schlucken«, so formuliert eine Schülerin die reale Gefahr für das Mobbingopfer.

Demütigende Hänseleien werden als niederträchtig empfunden: »Es ist ja nur mit Worten, die weh tun, deshalb kann man den Täter nicht bestrafen.« Die Ehre zu verletzen ist eine Form von Mobbing, die für Schüler vor allem verbal abläuft: »Bald langte es euch nicht mehr, meine Ehre zu verletzen, dann habt ihr begonnen, mich zu verprügeln.«

»Das kann einen ganz schön fertig machen« und »Es war wie ein lauter Schall von allen Seiten, vor dem ich immer davon gerannt bin«, so die Aussagen. »Zum Lehrer gehen und mit ihm darüber zu reden, dann hätte ich die doppelte Portion abbekommen«, so erkennt einer die Hilflosigkeit des Mobbingopfers, wenn es sich selber Hilfe holen will.

Hilfe in Mobbing Situationen

Eine Aufgabe des Quali führte zurück in die schulische Realität der Neuntklässler. Am Beispiel eines gemobbten Mitschülers aus der eigenen Klasse war ihre Mithilfe zur Verbesserung der Situation in einem zusammenhängenden Text darzustellen: Was können sie selbst und die LehrerInnen für ein gedeihliches Miteinander in der Schule leisten?

Die SchülerInnen konnten auf Erfahrungen aus ihrer Schule zurückgreifen. Dort gibt es ein Streitschlichterprogramm. Eine kleine Gruppe von Schülern wurde über einen längeren Zeitraum hinweg von einem Schulpsychologen zu Streitschlichtern ausgebildet. Eine Betreuungslehrerin an der Schule begleitet dieses Programm. Es gibt auf Nachfrage Sprechstunden.

»Streitschlichter sind etwas Gutes. Aber das läuft nicht so richtig an der Schule,« so die Meinung mehrerer Schüler. Sich selber beim Helfen einzubringen, erscheint einigen Schülern riskant: »Für mich wäre als Helfer das Risiko zu groß, selbst als Zielscheibe zu enden.« Ein anderer meint: »Wenn ich helfe, werde ich auch zum Außenseiter gemacht.«



Foto: Bert Butzke

Deshalb kommt immer wieder der Hinweis auf die Streitschlichter: »In einer Schule, in der ich mich wohlfühle, gibt es Streitschlichter – aber es sind nicht immer dieselben, sondern ganz viele werden ausgebildet.« »Streitschlichter sollen die Probleme im Guten lösen. Es soll keine Strafen geben«, ist der Wunsch einer Schülerin.

Der Rat einiger Schüler geht dahin, dass die Opfer sich wehren sollen: »Wenn sie zu dir sagen, dass du eine dicke Kugel bist, dann sagst du etwas, was sie auch verletzt, sonst sagen sie beim nächsten Mal noch was Schlimmeres.« Aber auch gemeinsames helfendes Handeln kommt zur Sprache: »Man muss sich gemeinsam gegen die Angreifer wehren. Gegenseitige Verteidigung ist nötig,« so die Aussage eines Jungen, der gerne Fußball spielt. »Beide Parteien anhören« möchte eine Schülerin, »um zu wissen, wer jetzt das Richtige oder Falsche erzählt.« Sie weiß noch nicht, dass dieses ein Fallstrick für das Mobbingopfer werden kann, womit es sich tiefer in die Situation hineinreißt. Immer wieder kommt der Hinweis auf verbale Attacken: »Man kann nicht viel helfen, weil Mobbing mit Wörtern funktioniert.« Das Vorurteil, welches über ihre Freundin gepflegt wird, möchte eine Schülerin revidieren: »Ich werde mit der ganzen Klasse reden und ihnen sagen, sie sollen das Mobben aufhören, denn sie haben ein falsches Bild von meiner Freundin.« Sie fährt fort: »Man muss ihr das Gefühl geben, nicht ausgeschlossen zu sein und man soll erst mal bei sich schauen, bevor man andere fertig macht.« Um einen Mitschüler vor dem Mobbing beim Sport zu schützen, macht ein Schüler folgenden Vorschlag: »Ich könnte ihn im Sport immer in meine Mannschaft wählen. Dann könnte ich die anderen daran hindern, ihn zu foulern.«

Der Lehrer als Helfer wird von einigen thematisiert: »Ich glaube, es wäre besser als mit den Mitschülern zu reden mit unserem Klassenlehrer erst einmal über die Angelegenheit zu reden. Es wäre auch nicht schlecht, mit den Eltern von Thomas zu sprechen. Sie könnten ihm etwas Selbstbewusstsein schenken und ihn ermutigen.«

Ist die ›Traumschule‹ zu verwirklichen?

Die letzte Aufgabenstellung im Quali sollte die SchülerInnen zu konstruktivem Umgang mit dem Problem ermutigen. Die Antworten zeigen, dass die ›Traumschule‹ für die SchülerInnen ganz entschieden mit der Rolle zusammenhängt, die die Lehrerinnen und Lehrer einnehmen:

»Der Vertrauenslehrer müsste sich kümmern und ein offenes Ohr für Streitereien und Gemeinheiten haben, aber auch für Schwierigkeiten, die es zwischen Lehrern und Schülern gibt.« »Die Probleme müssen in der Lehrerkonferenz besprochen werden, um die Spannungen möglichst zu beseitigen.« »Lehrer könnten den Unterricht ruhig etwas schöner und lockerer gestalten. Sie sollen den Schülern etwas beibringen, aber immer schön Schritt für Schritt und nicht alles auf einmal. Zwanzig Sachen in zwei Stunden, das ist zu viel.« »Lehrer sollten den Unterricht abwechslungsreicher gestalten«, heißt es da zur Methode des Unterrichts. »Die Schüler sollten etwas weniger locker sein, die Lehrer aber etwas lockerer als sie sind«, befindet ein Befragter.

»Positiv eingestellte Lehrer sind der wichtigste Teil einer Schule. Dagegen sind negativ eingestellte Lehrer ein herber Rückschlag.« »Wenn die Lehrer verstehen könnten, warum einer schlecht in der Schule ist und nicht aufpasst,

wäre schon viel geholfen.« »Lehrer müssen mithelfen, dass Kinder nicht gemobbt werden. Sie müssen die Kinder fördern, die gemobbt werden.« »Die Schüler werden die Lehrer immer hassen und die Lehrer die Schüler«, vertieft ein Prüfling ein gefährliches Vorurteil, um aber nachzusetzen, »deshalb würde alles viel leichter sein, wenn Schüler und Lehrer sich um ein besseres Verhältnis zueinander bemühen.« »Lehrer sollen gute Freunde sein, die in schlechten Tagen helfen«, ist der Wunsch einer 15-jährigen, »wenn der Unterricht zur Hölle wird, man nur noch schlechte Noten schreibt, dann ist es schwer aufzupassen.« »Der Lehrer darf nicht zu streng sein. Wenn eine gute Atmosphäre zwischen Schülern und Lehrern herrschte, dann würde alles anders sein.« Aus den Angaben der Schüler zeigt sich, dass die LehrerInnen für eine Schule, die ein gedeihliches Zusammenleben fördert, im Vordergrund stehen.

Aber auch das Schülerverhalten wird thematisiert: »Wenn man sich versteht, wird alles viel leichter. Schließlich sind wir die meiste Zeit des Tages zusammen in der Schule. Es soll die Schule Spaß machen. Da kann aber nicht jeder Schüler machen, was er will.« »Ohne Regeln und Gesetze geht es nicht«, sagt ein Schüler, »Abmachungen müssen getroffen werden«, ein anderer.

Die ›Traumschule‹ gibt es nicht, doch können LehrerInnen und SchülerInnen viel dazu beitragen, sich in der Schule wohl zu fühlen. Die Anregungen der SchülerInnen dazu betreffen auch die äußere Gestaltung: »Das Umfeld, in dem wir lernen, muss schön sein.« »Wir wollen eine schöne Atmosphäre. Das Klassenzimmer selber zu gestalten macht Spaß.« »Wir mögen gerne Farben um uns, nicht das langweilige Grau der Teppiche und Beige der Wände. Bilder haben wir gemalt, die Licht und Farbe bringen, und Poster haben wir aufgehängt. Das macht unser Klassenzimmer zu einem schönen Raum. Dann lernen wir gerne.« »Der Pausenhof soll zum Spielplatz verzaubert werden. Alles, was schäbig und dunkel ist, wirkt sich auf die Schüler schlecht aus.« Dies kann als Handlungsaufforderung an alle LehrerInnen und Klassen verstanden werden, auf die Gestaltung des Klassenzimmers und der Schule zu achten.

Klassenfahrten, Schullandheimaufenthalte und Exkursionen zu machen, empfinden Schüler als positive Abwechslung im Schulalltag. Realistisch jedoch sehen sie die Möglichkeiten, eine ›Traumschule‹ zu verwirklichen: »Eine Traumschule ist eigentlich gar nicht möglich, weil so viele Personen und ihre Interessen zusammenkommen.«

»Was Jungen und Mädchen jedoch am allermeisten brauchen sind Vertrauen und Sicherheit, sowohl im Elternhaus als auch Rückhalt und Unterstützung in der Schule«, erkennt ein italienischer Schüler den Kern des Problems.

von Elisabeth Altmann

Hauptschullehrerin und
Beratungslehrkraft an einer
Europäischen Schule
E-Mail: Elisabeth.Altmann@t-online.de
www.elisabeth-altmann.de



Die Maus auf der Goldwaage

Wege aus der alltäglichen Gewalt gegen Frauen in der Schule

Ob als Lehrerin, Studentin, Schülerin – die Kluft zwischen den Ansprüchen und der Realität in der Praxis ist groß. Die täglich geforderte – und häufig genug nicht gewollte – Auseinandersetzung oder Konfrontation mit den hierarchischen und männlich geprägten Verhaltens- und Machtstrukturen machen Frauen den schulischen Alltag unnötig schwer.

Ob durch sprachliche Herabsetzung, ungebetenes Einmischen in persönliche oder Arbeitsbereiche, Aufdringlichkeiten durch Körpersprache, männlichen Sprachgebrauch oder ausgedehntes Raumverhalten – Frauen müssen sich trotz formaler Gleichstellung immer noch Raum für selbstbewusstes Auftreten erkämpfen.

Die Formen der Gewalt

Von ihrer Struktur her ist die Schule eine männerdominierte, patriarchale Institution, d.h. sie stabilisiert das Geschlechter-Macht-Verhältnis zum Nachteil der Frauen und Mädchen und zu Gunsten der Männer und Jungen. Gewalt Ausübende sind meist Männer und Jungen; nur in Einzelfällen Frauen oder Mädchen. Die Gewalt gegen Frauen an Schulen ist offen oder verdeckt vorhanden und wird bei entsprechender Wahrnehmung sichtbar, spürbar und hörbar in Form von struktureller Gewalt, allgemeiner körperlicher Gewalt, sexistischer, sexueller Gewalt, sprachlicher Gewalt und emotionaler, psychischer Gewalt.

Handeln nach den Prinzipien der Selbstbehauptung

Das Wissen um die eigenen Grenzen und deren Sicherung, sowie die Entschlossenheit sich zu wehren, sind die Grundlagen der feministischen Selbstverteidigung (WEN-DO). Frauen und Mädchen müssen

- Gewaltstrukturen wahrnehmen, erkennen, aufdecken, benennen und verändern;
- Stärke entfalten, Mut haben und dies auch zeigen;
- das Ziel trotz Rückschlägen nicht aus den Augen verlieren;
- den Austausch mit unterstützenden Menschen suchen.

Machtdemonstrationen erkennen und ins eigene Handeln einbeziehen

Durch Gewalt gegen Frauen soll die Macht demonstriert und sollen die Machtstrukturen erhalten, gefestigt und ausgebaut werden. Wer die Macht hat, zeigt sich im Sprachverhalten, in der Körpersprache, durch die Zeiteinteilung, durch das Raumverhalten.



Foto: David Ausserhofer

Wenn Frauen diese Machtdemonstrationen erkennen und versuchen, sich zu wehren, bedienen sie sich verschiedener Widerstandsstrategien, um den Status Quo zu erhalten, wieder herzustellen oder weiter auszubauen. Dieses Verhalten wiederum wird häufig

- nicht ernst genommen, lächerlich gemacht (»übertrieben«, »aus dem Zusammenhang gerissen«),
- abgewertet, übergangen oder massiv angegangen,
- ignoriert, gelehnt, herabgesetzt (als »unbegründet« oder »ideologisch« bezeichnet),
- beschwichtigt, trivialisiert (»Es gibt Wichtigeres!« »Da stehen Sie doch drüber!«),
- abgeraten, gewarnt (»Lassen Sie die Finger davon, das gibt nur Ärger!«).

Ein Beispiel aus der Praxis

Die Kollegin Susanne Klaus ist Klassenlehrerin einer 4. Klasse. Die Parallelklasse führt der Schulleiter. Er hat Probleme mit der selbstsicheren Kollegin und versucht in Alltagssituationen seine Klasse als »die bessere« dastehen zu lassen. Er fördert subtil und massiv die Konkurrenz; vor allem liegt ihm daran zu zeigen, wer die bessere Leitung habe. In Bezug auf die Geschlechterthematik gibt es natürlich unterschiedliche Wertesysteme. Vor den Kindern zieht der Schulleiter den Nachnamen seiner Kollegin ins Lächerliche: Aus Frau Klaus wird Frau Maus. Alle haben ihren Spaß und die Situation schaukelt sich hoch. Die üblen Reden werden immer dreister und häufiger. Eines Morgens wird es der Betroffenen zu bunt. Sie geht in die Parallelklasse und sagt: »Jetzt möchte ich ein für alle Mal klarstellen: Mein Name ist Frau Klaus und ich möchte von euch und von Ihnen so angesprochen werden und nicht anders. Ist das klar?!«

Der Kampf beginnt

Der Schulleiter zitiert Frau Klaus sofort in die Schulleitung. Sie verschiebt das Gespräch auf Schulschluss, damit sie sich darauf vorbereiten kann und emotional ruhig ist. Er im Gespräch: »So geht das nicht! Wie sie sich aufführen...!« Sie spricht die Inhalte der Herabsetzung an und die Respektlosigkeit seitens seiner Äußerungen und in Folge die der Kinder. Antwort des Schulleiters: »Sie verstehen wie

immer keinen Spaß.« Die Lehrerin erklärt ihm den Unterschied zwischen Spaß und Übergriff, sie erläutert ihm, was sexistische Äußerungen, was Beleidigungen sind, welche Wirkung die Lehrkraft als Vorbild für die Kinder hat.

Am nächsten Tag geistert ein geheimer Brief unter den Kindern und löst Amüsement und Erschrecken zugleich aus. Der Brief wurde von einem Schüler aus der Rektorklasse verfasst, der sich seiner Sache so sicher war, dass er sogar mit vollem Namen unterschrieb. Hier einige Auszüge: »Die Maus. Sie ist einfach nicht nett und hat deswegen keinen Mann im Bett. Frau Maus spielt immer die coole und wenn sie je Männer hat, dann nur Schwule. Sie meint sie sieht sexy aus, die alte Schachtel sieht blöder aus wie ´ne Maus. Wenn Frau Maus tot ist, sind wir froh, was von ihr übrig bleibt, ist nur der Po.«

Die Lehrerin ist erschüttert und verletzt. Gut gemeinte Worte: »Das sind doch nur Kinder!« oder »Da stehst du doch drüber!« oder »Mach doch bitte nicht aus der Mücke einen Elefanten!« oder »Dein Fell muss einfach noch dicker werden!« werden von verschiedenen Seiten geäußert und tragen zu einer Verharmlosung und Nichtbeachtung und dadurch zu einer Respektierung und Duldung des gezeigten Verhaltens bei. Die Kollegin entscheidet sich für eine Grenzsetzung und nimmt sich vor, dieses Verhalten nicht zu dulden.

Öffentlich machen

Ihr Vorgehen: Sie lässt sich den Brief vom Schüler in einer Überraschungsaktion aushändigen und bringt damit den Beweis in ihre Hände. Sie zeigt den Brief der Schulleitung, dem Klassenlehrer (= Konfrontation). Sie vergrößert den Brief und hängt ihn ins Lehrerzimmer an die Infotafel (= öffentlich machen). Sie führt Gespräche mit KollegInnen (= Wertung der Tat als Übergriff). Sie fordert eine angemessene Bestrafung und Zurechtweisung.

Der Schulleiter hängt den Brief an der Infotafel wieder ab. »Die Infotafel ist nur für offizielle Infos der Schulleitung.« Der Schulleiter und Klassenlehrer entschuldigt das Verhalten des Schülers und schiebt die mangelnde Erziehung auf die alleinerziehende Mutter. »Er ist sonst nicht so.« »Das meint er nicht so.« »Das war doch nur ein Jux.« Die Kollegin Klaus erklärt ihm zum wiederholten Male, was sexistische Äußerungen, Respektlosigkeit und Frauenverachtung bedeuten. Er zeigt sich uneinsichtig und nicht lernbereit: »So sehe ich das nicht.« »Und im Übrigen, bauschen WIR doch das alles nicht so auf.«

Konsequent bleiben

Frau Klaus geht zu ihrem eigenen Schutz auf bewusste Distanz zum Schulleiter. Dieser versucht daraufhin eine befreundete Kollegin von Frau Klaus auf seine Seite zu ziehen, indem er sich bei ihr über das Verhalten von Frau Klaus beklagt. Er benützt die Frauennetze und versucht, diese zu zerstören. Die Kollegin deckt dies auf und spricht ihn daraufhin an. »Reden Sie mit mir und nicht hinter meinen Rücken.« Sie fordert damit Offenheit ein, eine wesent-

liche Voraussetzung gegen Mobbingverhalten. Dies veranlasst ihn zu dem wohlbekanntem Ausspruch: »Legen Sie doch nicht immer alles auf die GOLDWAAGE.«

Verbündete finden

Unabhängig davon nimmt Frau Klaus Kontakt mit der Mutter des Schülers auf, der diese ganze Angelegenheit äußerst peinlich ist. Sie bestätigt ein sexistisches Klima in der Rektorklasse und teilt mit, dass ihr Sohn den Chef verehrt, ihm nacheifert, es ihm recht machen will und von ihm Bestätigung haben will. Die beiden Frauen sind sich einig, dass der Junge nur der Ausführende ist und der Boden durch sexistische Sprüche vom Schulleiter gelegt wurde. Der verursachende Täter (mit weißem Kragen) bleibt im Hintergrund und windet sich und hofft auf Nichtentdeckung.

Teilerfolge sichern

Durch seine Mutter veranlasst, entschuldigt sich der Schüler schriftlich in adäquater Form bei der Lehrerin. Der Schüler erhält vom Rektor einen Verweis wegen »grober Beleidigung einer Lehrkraft«. Der Rektor bemerkt, dass die Kollegin ihn beobachtet und hält sich mehr zurück. Das subtile Netz der Frauenverachtung wurde aufgedeckt, gestört, sichtbar gemacht. Der Schulleiter hatte den Kindern in seiner Rolle als Mann seine negative Frauenbewertung vorgelebt. Die Kinder versuchten sie nachzuahmen, erhielten aber durch die Offenlegung der Lehrerin eine Strafe.

Der verursachende Täter jedoch bleibt aufgrund seiner Machtposition weiterhin unangetastet. Selbst eine mögliche Dienstaufsichtsbeschwerde wegen übler Nachrede oder Beleidigung einer Lehrkraft hätte wenig Aussicht auf Erfolg, da die Beweislage sehr schwierig ist. Dazu wären die fundierten Aussagen von Schülerinnen und Schülern nötig, was sie aber in der Regel völlig überfordert. Sie sind gerade mal 10 Jahre alt und unterliegen in der 4. Klasse wegen des eventuellen Übertritts in eine höhere Schule einem verstärkten Anpassungsdruck, auch durch die Eltern.

Ziele verfolgen

Gewaltstrukturen gegen Frauen in der Schule sind keine Ausnahme, sondern alltäglich. Die bestehende Situation aber ist kritisierbar und veränderbar. Natürlich sind beide Geschlechter von Gewaltstrukturen betroffen, doch wird es Frauen weniger zugestanden, sich dagegen zu wehren als Männern, und wenn sie es versuchen, wird sehr viel unternommen, sie wieder in die untergeordnete Rolle zu drängen, damit die bestehenden Machtverhältnisse so bleiben, wie sie sind. Die Vorstellung und das Wissen darüber, dass Widerstand und Alternativen trotz bestehender Abhängigkeiten möglich und nötig sind, sind unabdingbare Voraussetzungen, um Veränderungen zu fordern und mutig voranzutreiben.

von Judith Barnickel

Lehrerin in Nürnberg
Selbstverteidigungstrainerin (WEN-DO)



Sexuelle Traumatisierung von Kindern und Jugendlichen

Foto: Robert Michel

Maja ist heute 25 Jahre alt. Zwischen ihrem dritten und achten Lebensjahr wurde ihr vom Onkel, dem Bruder ihrer Mutter, sexuelle Gewalt zugefügt. Die schrecklichen Bilder, die Maja heute noch erinnert, reichen bis in die Kindergartenzeit zurück. Maja berichtet:

Vor diesem Onkel hatte ich unendliche Angst. Wenn er zu Besuch bei uns war und meine Mutter arbeitete, holte er mich vom Kindergarten ab. Dann war ich ihm schutzlos ausgeliefert. Ich hab' alles über mich ergehen lassen müssen. Ich hab' gemacht, was er wollte, weil ich es machen musste. Sonst hat er mir gedroht. Ich war vollkommen ohnmächtig. Mitten in der Nacht hat er mich aus dem Schlaf geholt.

Ich bin immer ängstlicher geworden... Ich hatte Angst, er könnte irgendwo auftauchen... Wenn mich jemand Fremder angesprochen hat, habe ich zu weinen begonnen... Schon im Kindergartenalter habe ich mich bedrückt gefühlt, war depressiv. Ich wollte nicht mehr reden, bin nicht mehr nach draußen gegangen und habe nicht mehr gespielt. Wenn mich Freundinnen abholen wollten, bin ich nicht mitgegangen. War ich dann alleine zu Hause, habe ich vor Verzweiflung geweint.

Das Gefühl, etwas wert zu sein, kannte ich nicht. Ich habe alles gemacht, was die anderen wollten. Und dazu kamen Schuldgefühle: Ich bin schuld, dass das passiert. Ich schämte mich so sehr. Ich spürte damals schon Wut gegen den Onkel. Aber ich konnte sie nur selten zeigen. Dann war ich aggressiv und habe herumgeschrien.

Maja ist eine von 25 Probandinnen, die an einer empirischen Untersuchung zur sexuellen Traumatisierung teilnahmen. Die Untersuchung erfolgte retrospektiv. Alle Täter stammten aus dem engsten oder erweiterten Familienkreis. Bis auf zwei Probandinnen erfuhren alle die sexuelle Traumatisierung über einen längeren Zeitraum.

Maja kam nach dem Kindergarten in die Grundschule, aufgrund massiver Konzentrations- und Leistungsprobleme wurde sie in eine Diagnose- und Förderklasse eingeschult. Während dieser Zeit war sie weiterhin sexueller Gewalt ausgeliefert. Im Alter von 12 Jahren erfolgte eine Einweisung in ein Heim. Bereits mit 10 Jahren unternahm Maja den ersten Selbstmordversuch. In der Pubertät rutschte sie über einen Zeitraum von etwa vier Jahren in die Drogenabhängigkeit ab. Der Täter wurde später mit Unterstützung der Mutter verurteilt. Und dennoch betont Maja die unbeschreibliche Wut, die sie besonders heute empfindet: *Wenn er mir heute noch mal begegnen würde, würde ich ihn, glaube ich, umbringen.*

Angst, Panik und Isolation

Die meisten Probandinnen schätzen sich im Sozialverhalten als extrem ängstlich ein. Sie empfanden sich zur Zeit der sexuellen Traumatisierung als schüchtern, still und verschlossen, auf keinen Fall wollten sie auffallen. Sie fühlten sich sehr alleine und isoliert, hatten Angst vor Gleichaltrigen, Angst ausgegrenzt zu werden. Sie berichten, dass sie

wenig Kontakt zu Freundinnen gehabt hätten, sogar panische Angst vor zu vielen Kindern.

Nach ihrem subjektiven Erleben spiegelte sich zur Zeit der Traumatisierung ihr soziales Isoliert-Sein, aber auch die Sprachlosigkeit darüber, was passiert in ihrem Sprachverhalten wider. Sie redeten kaum mehr, gaben keine Antwort mehr. Sie hörten auf zu kommunizieren.

Alle Betroffenen fühlten sich in extremem Maße bedroht, innerlich gehetzt, sie fürchteten, dass der Täter zu jeder Zeit auftauchen könnte. Andererseits drohten ihnen auch die Täter durch Einsatz von Zwang, Druck und psychophysischer Gewalt.

Jacqueline, die als Pubertierende zunächst vom Freund ihrer Mutter und später in einem Asylantenheim sexuell ausgebeutet wurde: *Ich war immer ängstlich, durcheinander, verstört! Ich habe mich bedroht gefühlt, wenn mir Druck gemacht wurde und das war sehr häufig so! Es war nicht möglich, sich der Bedrohung zu entziehen! Ein »Nein« hat nichts genutzt! Ich bin häufig »ausgeflüppt« und wenn ich mich gewehrt habe – das war im Asylantenheim – sind sie zu zweit auf mich los!*

Ohnmacht, Schutzlosigkeit und Depression

Die Frauen berichten, dass sie sich dem Täter in extremem Maße schutzlos ausgeliefert fühlten. Sie hatten keinen Ort, an dem sie sicher waren. Ihren Angaben nach wurde ihnen überall aufgelauert. Mitten in der Nacht wurden sie aus dem Schlaf gerissen. Es gab kein Entrinnen. Hinzu kamen direkte Drohungen durch den Täter, etwa ein Lieblingstier umzubringen, das Opfer wegzugeben, es zu schlagen. Mira erzählt von ihrem Bedroht-Sein: *Er bringt mich um. Er schlägt mich tot. Ich war so schutzlos. Ich habe mich nicht mal von meiner Mutter geschützt gefühlt. Ich habe nichts gesagt, weil ich kein Vertrauen hatte.* Schutzlosigkeit wird unmittelbar über den Täter durch psychophysische Bedrohung, aber auch durch das Umfeld erfahren, das sie nicht beschützt. Sie empfinden sich von den nahen Bezugspersonen im Stich gelassen, ohne Möglichkeit, sich einer Vertrauensperson anzuvertrauen, weder innerhalb noch außerhalb der Familie. Sexuelle Gewalt kann nur geschehen, weil das Thema nach wie vor sowohl in Familien, als auch in der Gesellschaft tabuisiert ist.

Die Schutzlosigkeit führt zu innerer Verzweiflung, zu Ohnmacht und Depression.

Die Betroffenen erleben sich gehäuft als Außenseiterinnen. Sogar Klassenkameraden teilten ihnen mit, dass sie anders waren. Sexuelle Gewalt setzt einen Teufelskreis der sozialen Isolation in Bewegung. Alle schildern depressive Phasen während der Zeit der sexuellen Traumatisierung. Sie erlebten sich innerlich tot, stunden-, tagelang ohne Gefühle. Fröhlichkeit und Lebendigkeit waren verloren.

Opfer sexueller Gewalt übernehmen das Bild von sich selbst, das ihnen über den würdelosen Akt vermittelt wird. Jacqueline drückt dies so aus: *Ich bin ja sowieso nichts wert. Macht mit mir, was ihr wollt. Ich bin nur Dreck... Ich habe immer gedacht, wäre ich doch nicht auf dieser Welt!* Dieses Selbstbild spiegelt sich auch im Körperbild wider. Der eigene Körper wird nicht akzeptiert, wird abgewertet, gehasst. Er wird dafür verantwortlich gemacht, was passiert. Alle beschreiben, dass sie im Kern ihrer Persönlichkeit getroffen sind. Der Täter vermittelt dem Opfer durch die Grenzverletzung das Gefühl der Missachtung, der Geringschätzung, der Verachtung der persönlichen Autonomie.

Von diesem Teufelskreis der depressiven Isolation werden die Betroffenen noch heute bedroht. Sie berichten von schrecklichen Alpträumen verbunden mit Schlafstörungen. Opfer sexueller Gewalt werden auch real sehr häufig aus dem Schlaf gerissen. Alpträume und Schlafstörungen verfolgen sie bis ins Erwachsenenalter.

Schuld-, Schamgefühle und Wut

Grenzüberschreitung und Drohung verbunden mit moralischem Druck des Täters und die Wehrlosigkeit des Opfers führen zu Schuldgefühlen. Das Opfer schreibt sich die Schuld entweder selbst zu oder der Täter vermittelt sie. Die damit verbundene Scham lässt die Betroffenen innerlich erstarren. Sie hatten das Gefühl, sie können nicht mehr schreien, nicht mehr laufen, sich nicht mehr bewegen.

Es trifft Kinder und Jugendliche in einer Zeit, in der sie am meisten auf Vertrauenspersonen und deren Schutz angewiesen wären. Scham, die in einem engen Zusammenhang mit dem innersten Kern der Persönlichkeit steht, bahnt ihre Spuren in alle Persönlichkeitsschichten, in das emotionale, kognitive und moralische Erleben, sowie das Verhalten. Durch das moralische Erleben gerät das emotionale ins Schwanken. Es führt zu einer emotionalen Verdrehung. Wut und Zorn werden gegen sich selbst gerichtet. Damit schließt sich der Teufelskreis der sexuellen Gewalt.

Eigentlich hätte die Wut dem Täter gelten müssen. Auf Grund der Ausweglosigkeit richten die Opfer die Wut gegen sich selbst, in ihrer Verzweiflung bestrafen oder verletzen sie sich. Sie manipulierten mit spitzen Gegenständen wie Messer, Schere, Nadeln, Nägel, Zirkel oder Glasscherben an ihren Pulsadern, drückten Zigaretten auf der Haut aus oder zogen sich Verbrennungen mit Kerzen zu. Viele haben Selbstmordversuche hinter sich.

Betroffene allerdings, die die sexuelle Traumatisierung mit zusätzlicher physischer Gewalt erfuhren, bekennen sehr offen, wie viel Wut und Hass sie bereits während dieser Zeit gegen den Täter empfanden bis hin zu dem Gedanken, den Täter umbringen zu wollen oder dem Wunsch, dass jemand stellvertretend ihn umbringen sollte.

Nahezu alle Betroffenen geben an, vom Zeitpunkt der sexuellen Traumatisierung an unter extremen Stimmungsschwankungen zu leiden. Außerdem berichten sie von zwanghaftem Verhalten, das zur Zeit der sexuellen Trau-

matisierung begann und bis in die Gegenwart reicht. Die Hälfte der Betroffenen leidet an Essproblemen, einer Anorexie oder Bulimie. Jacqueline entwickelte eine Essstörung, nachdem sie auf Grund der sexuellen Traumatisierung freiwillig ins Heim eingewiesen wurde: *Ich habe nichts mehr gegessen. Ich bin ja nichts wert, also brauche ich auch nichts zu essen. Ich habe alles gekotzt. Ich habe nur noch drei Bissen gegessen und habe alles wieder gespuckt.*

Verborgene Hilfeappelle an Lehrerinnen und Lehrer

Alle Opfer berichten, dass sie sich im Verhalten verändert hätten. Dies zeigte sich z.B. in Konzentrationsproblemen und Leistungsabfall. Ihrer Meinung nach hätte dies auffallen müssen. Sie berichten von häufigem Schulwechsel, aber auch vom Wechsel der Schulart. Sie erreichen häufig nur einen Schulabschluss unter ihrem eigentlichen Leistungspotenzial. Sie hätten sich gewünscht, dass Lehrerinnen und Lehrer dies wahrgenommen hätten, dass sie Zeit und Geduld gehabt hätten, um eine vertrauensvolle Beziehung aufzubauen und um einen geschützten Rahmen zu erhalten.

Die vorliegende Untersuchung¹⁾ bezieht sich auf sexuelle Traumatisierung in der Kindheit und Jugend. Alle in diesem Beitrag erwähnten Opfer wurden auf Grund der häuslichen sexuellen Gewalt in ein Heim eingewiesen und besuchten eine Heimschule. Dennoch sind Opfer sexueller Traumatisierung über alle Schularten verteilt. Auch Jungen und männliche Jugendliche sind davon betroffen. Zusammenfassend sollen folgende Punkte festgehalten werden:

1. Sexuelle Gewalt führt zu extrem hoher emotionaler Belastung, die sich auch im Verhalten offenbart.
2. Die Wahrnehmung für die Signale, die diese Kinder aussenden, muss bei Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Psychologinnen und Psychologen geschult werden.
3. Die vorhandenen Stützsysteme müssen weiterentwickelt und noch stärker vernetzt werden.

Die Gesellschaft muss sich der Opfer sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend annehmen, in Kindergärten und insbesondere auch in der Schule. Auftretende Verhaltensauffälligkeiten müssen in Hinblick auf eine mögliche sexuelle Traumatisierung hinterfragt werden. Das Thema muss noch stärker Eingang finden in die Lehreraus- und -fortbildung, um alle, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten für das Phänomen zu sensibilisieren.

von Dr. Rita Völker

Sonderpädagogin, Schulpsychologin
und Leiterin eines Studienseminars
für Verhaltensgestörtenpädagogik
E-mail: rita_voelker@hotmail.com

1) Die empirische Untersuchung ist veröffentlicht: Völker, R.: Sexuelle Traumatisierung und ihre Folgen, Leske+Budrich, Opladen 2002

Schule, Bildung und Gewalt

Fragen zur Veränderung des Lernens

Die PISA-Studie, der Amoklauf eines Verzweifelten in einer Schule in Erfurt, der Wunsch der Bildungsministerin, für jeden Schüler möge ein Notebook vorhanden sein, die Behauptung des früheren GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder, die Lehre an den Universitäten müsse mehr verschult werden: Momentan gibt es viele Anzeichen dafür, dass im Bildungsbereich kein Stein auf dem anderen bleiben darf, um den Bildungsstandort Deutschland effektiver und zukunftsfähiger zu machen. Notwendiger als schnelle Antworten sind momentan jedoch Fragen, die zu verstehen versuchen, was die neoliberale Umbruchssituation an Zumutungen im Bildungsbereich bedeutet.

1. Den Zusammenhang denken

Wenn Schüler Amok laufen oder schlechte Noten haben, wenn Schuleschwänzen zum Alltagssport wird, wenn auf dem Schulhof Heroinbesteck gefunden wird, dann fordern die Medien gemeinsam mit fast allen Politikern eine Verschärfung von Gesetzen und Verordnungen sowie des Erziehungsstils. Gefragt wird nicht mehr danach, welche Gründe die Einzelnen haben, um andere in den Tod zu jagen, sich selbst den goldenen Schuss zu geben oder die Schule nicht als den geeigneten Ort für ein cooles Leben zu betrachten. Gefragt wird also nicht nach Begründungen derjenigen, für die das Leben (inklusive Schule), das sie leben sollen, ein Problem darstellt. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass SchülerInnen das Problem sind. Weil jede Frage, wenn sie es mit den möglichen Antworten ernst meint, dazu führen wird, dass die Zusammenhänge erkannt werden können, wird nicht mehr gefragt. Beispielsweise wäre es für die Erklärung einer Gewalttat wie der in Erfurt angemessen zu fragen, wieso der Gedanke des Tötens anderer für den Täter ein nahe liegender Gedanke war. Wenn er hört, dass deutsche Richter sich daran beteiligen, Menschen aus anderen Ländern in diese abzuschieben, wo sie dann von gedungenen Mördern ihrer Regierungen ermordet wer-

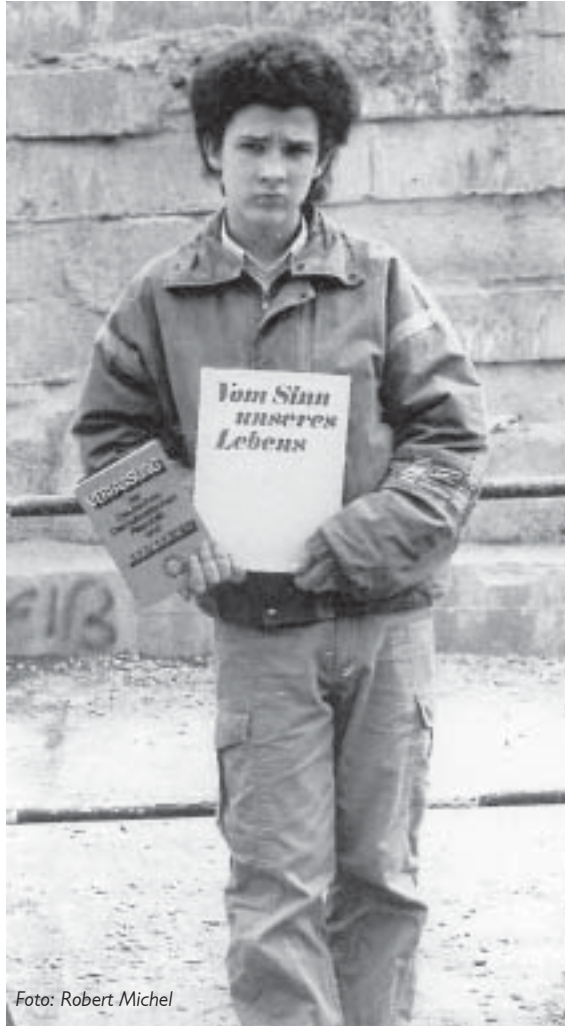


Foto: Robert Michel

den; wenn er liest, dass deutsche Soldaten dazu beitragen, tausende von Menschen in Afghanistan zu töten, weil sie »Taleban« sind und deshalb dem Satan verfallen, wie es George W. Bush sagte; wenn er erfährt, dass im Winter Obdachlose erfrieren, weil sie kein Dach mehr über dem Kopf haben: Wieso sollte dann das menschliche Leben für ihn einen Wert darstellen? Menschen eines Landes, in dem der Wert menschlichen Lebens u.a. davon abhängt, ob man weiße Hautfarbe hat, den deutschen Pass besitzt und arm oder reich ist, sollten sich nicht darüber empören, wenn es Tote gibt. Empörung verhindert immer eine klare Analyse der Situation. Eine solche Analyse könnte aufzeigen, wie die neoliberalen Veränderungen aller Lebensbereiche zu einer Barbarisierung einer so genannten zivilisierten Gesellschaften führen.

2. Konflikt- statt Wertediskussion

Wenn die ökonomische Stabilität bröckelt und die Schere zwischen arm und reich größer wird, wird die (Rück-) Besinnung auf Werte und Traditionen gefordert. Nicht nur konservative, auch linke PolitikerInnen glauben, dass man Kindern und Jugendlichen irgendwie »Werte beibringen« müsse, um den Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleisten zu können. Dabei übersehen sie zwei wichtige Tatsachen: Zum einen sind Werte keine materiellen Fundamente, die was auch immer stabilisieren könnten, sondern umkämpfte handlungsleitende Vorstellungen, in denen sich die aktuellen gesellschaftlichen Konflikte und Widersprüche widerspiegeln. Deshalb sind Werte zum anderen auch nie gut oder schlecht an sich: Solidarität bedeutet den Einzelnen nichts, wenn nicht klar wird, wer mit wem und aus welchem Grund solidarisch sein soll. Freiheit ist an sich nicht positiv, solange sie die Freiheit zum Verhungern mit einschließt. Und Ordnung im Kleinen kann – wie Bert Brecht es in den Flüchtlingsgesprächen ausführt – dazu führen, dass man leidet und stirbt, solange sich die große Ordnung durch Ungerechtigkeit und Kriege kennzeichnen lässt. Wertediskussionen machen also keinen Sinn, wenn ihre Grundlage nicht mitdiskutiert wird: Warum sollen Schüler fleißig sein, wenn sie nicht wissen, ob es ihnen etwas nützt? Warum sollen sie solidarisch (und den anderen gegenüber sozial) sein, wenn sie sehen, dass das Berufsleben von asozialen Konkurrenzen und Seilschaften geprägt wird?

3. Lebenslanges Lernen und Begabung

Wer aktuelle Bildungsdebatten verfolgt, dem wird nicht entgangen sein, dass momentan zwei sich völlig widersprechende Diskurse nebeneinander bestehen, wenn es darum geht, wie Menschen lernen können und sollen. Zum einen wird das Prinzip des »lebenslangen Lernens« propagiert und damit davon ausgegangen, dass Lernfähigkeit etwas ist, was den Menschen grundsätzlich gegeben sei. Das gängige Alltagssprichwort »Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr« scheint also zugunsten eines Bildes vom dauerhaft eifrigen Lernsubjekt zurückgedrängt. Zum anderen werden aber klare Grenzen und Behinderungen aufgezeigt, die nicht alle Menschen auf gleiche Weise beim Lernen unterstützen. Dies bestätigt sowohl die expandierende Anzahl von Institutionen für Hoch- und Höchstbegabte als auch die wieder aufgekommene Diskussion über den genetischen Anteil subjektiver Fähig- und Fertigkeiten. Eine demokratische Gesellschaft, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx), muss dafür sorgen, dass die Einzelnen in ihren Kompetenzen und Fertigkeiten so unterstützt werden, dass eine freie und gerechte Lernentwicklung für alle möglich wird. Selektion in Minder- und Hochbegabte dagegen tut das Gegenteil. Der Gedanke, dass alle Menschen hochbegabt sind und lediglich die Form unserer konkurrenzhaften und auf bestimmte Leistungen fixierten Gesellschaft einige wenige davon begabt bleiben lässt, wäre eine angemessene Denkweise, Lernen nicht zum Selektionsvorgang verkommen zu lassen. Aber welche Konflikte würden LehrerInnen und SchülerInnen bekommen, wenn sie diesen Gedanken ernst nähmen? Wie müsste »Unterricht« verändert werden, damit alle Begabungen entdeckt und gefördert werden könnten? In welche Widersprüche würden Lehrende und Lernende kommen, nähmen sie diesen Gedanken ernst? Genau darum würde es gehen: Diese entstehenden Konflikte und Widersprüche selbst zum Lernmaterial zu machen über die Gesellschaft und deren Lernort Schule. Die von Oskar Negt geforderten fünf Schlüsselqualifikationen (Identitätskompetenz, technologische Kompetenz, Gerechtigkeitskompetenz, ökologische Kompetenz, historische Kompetenz) würden an diesem konfliktreichen und widersprüchlichen Material entwickelt werden können. PädagogInnen kommen dabei nicht umhin zu erkennen, dass sie selbst Teil einer Institution sind, die sich an der Enteignung kindlicher Welterfahrungen beteiligt und dass sie dieser Institution nur dann nicht völlig ausgeliefert sind, wenn sie sich als »Lebensabschnitts-Partner« der SchülerInnen verstehen und nicht als deren »Erzieher«.

4. Die Verwirrung auflösen

Der Schriftsteller Christoph Hein berichtete im Jahr 2000 in seiner Rede zur Verleihung des Solothurner Literaturpreises davon, dass ein Bekannter von ihm zwei Landkarten erstellt habe: »Die eine Karte verzeichnet die Städte und Regionen, in

denen der Rotstift Kultureinrichtungen zerstörte oder überhaupt nicht entstehen ließ, die andere Karte verzeichnet die gemeldeten Gewalttaten und fremdenfeindlichen Übergriffe. Die beiden Karten weisen eine merkwürdige Kongruenz auf, eine Übereinstimmung, die zu denken gibt, auch wenn ein einander begründender Zusammenhang nicht zu belegen ist.« (Vgl. dazu auch unseren Bericht auf den nächsten beiden Seiten. Die Redaktion) Nicht die westdeutschen Wissenschaftler, die nachzuweisen glauben, dass die strenge Krippenerziehung in der DDR die Grundlage späterer neofaschistischer und rassistischer Einstellung ist und auch nicht diejenigen, die behaupten, der »Rechtsextremismus« und die »Gewalt« von Jugendlichen seien lediglich Folge unmotivierter Lehrer und überforderter Eltern, haben den Zusammenhang verstanden, den Hein auf poetische Weise darstellt: die Folgen neoliberaler Deregulierung und ihre Auswirkungen auf die »sozialen und kulturellen Landschaften« sowie der darin lebenden Menschen. Ohne diesen für viele lästigen Hinweis auf die ökonomischen und kulturellen Grundlagen bleiben Erklärungen und Forschungen zu Gewalt, Bildung und lebenslangem Lernen verwirrend und nicht aufklärend. Der Grund dieser Verwirrung liegt, mit Brecht gesprochen, ebenfalls im Ökonomischen: »Politische Freiheit bei ökonomischer Unfreiheit. Das ist der Grund der Verwirrung«.

Literatur:
Oskar Negt Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche (1997, Steidl Verlag)

von Dr. Klaus Weber

Erzieher und Diplompsychologe
Professor für Psychologie
an der FH Frankfurt und Gastprofessor
an der Universität Innsbruck



Lesetipp:

»Die PISA-Studie hat die Bildungslandschaft erschüttert, kritisch werden Schulformen, Lehrerkompetenz, Curricula diskutiert. Dabei tritt der wesentliche »Erzieher« der nachwachsenden Generation, das Fernsehen nicht in Erscheinung. Wo die Schüler weitgehend künstliche Erfahrungen zu machen scheinen oder diese zumindest so nachdrücklich sind, dass sie die Ziele, zu denen man aufbrechen möchte bestimmen, bleiben reformierte Curricula und sich abmühende Lehrer weitgehend ohnmächtig.« schreibt Frigga Haug in ihrer Untersuchung von 200 Aufsätzen, die SchülerInnen acht verschiedener Schularten zum Thema »Ein Tag in meinem Leben in zwanzig Jahren« im Mai 2002 geschrieben hatten. Was sich die Jugendlichen vom Leben erwarten hat sie untersucht und was sich dabei verändert hat, gegenüber einer gleichen Untersuchung, die sie vor 20 Jahren durchgeführt hat.

Die Untersuchungsergebnisse finden sich im Heft 247 der Zeitschrift »Das Argument«, in dem das Thema »Familie im Neoliberalismus« den Schwerpunkt bildet.

ISSN 0004-1157, Heft 4 2002, Argument-Verlag

weitere Literaturhinweise finden sich auf Seite 27



Wir sind nicht der Watschenmann ...

... war das Flugblatt überschrieben, das die GEW und ver.di auf einer Kundgebung gegen den Sozialabbau in München verteilten. Sie nahmen damit Bezug auf die Beschwerde, die vom Vorstand der HypoVereinsbank mit genau dieser Formulierung gegen die Öffentlichkeit geführt wurde. Denn diese nahm nicht stillschweigend hin, dass die Bank nicht nur ihre Steuerzahlungen an die Stadt München einstellte, sondern bereits bezahlte Steuern in Millionenhöhe zurückforderte. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge des Flugblattes:

Dass die sieben Münchner Großunternehmen, die international tätig sind, wie BMW, Siemens, Allianz, MAN, HypoVereinsbank und Münchener Rück trotz Milliardengewinnen keinen Cent Gewerbesteuern abführen müssen, ist völlig legal. Dass BMW 2001 einen zugegebenen Jahresüberschuss von 1,8 Milliarden Euro erwirtschaftet hat und doch in München keinen Cent Steuern bezahlt und die Münchner HypoVereinsbank 90 Millionen Euro Gewerbesteuervorauszahlungen zurückerstattet bekommt, obwohl sie 2001 Gewinn gemacht hat und nun auch 2002 vermutlich keine Gewerbesteuern abführen wird, ist ein mittlerweile normaler Vorgang im Rahmen der Steuerveranlagung. Insgesamt hat München aus steuergesetzlichen Gründen bis zum Juli dieses Jahres 500 Mio. Euro an diese Unternehmen zurückzahlen müssen, die längst verplant waren. Dass von 135.000 Gewerbebetrieben in München nur noch 15.000 Steuern bezahlen ist Recht und Gesetz.

Dass den bundesrepublikanischen Städten und Gemeinden – ob in schwarzen oder roten, armen oder reichen Bundesländern – die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Steuereinnahmen wegbrechen, ist rechtens.

Die Umverteilungspolitik ist gewollt

Seit Jahrzehnten werden die Steuern für Unternehmen und Vermögende immer weiter gesenkt. Bereits unter der Kohl-Regierung verminderte sich so der Anteil der Gewinn- und Kapitalsteuern am Gesamtsteueraufkommen, der 1980 noch 26 % betrug, bis 1995 auf 13,9 %, während Mehrwert- und Lohnsteuer deutlich anstiegen. Wären z.B. die Unternehmensgewinne 1998 genau so versteuert worden wie es 1985 geltendes Recht war, wären 185 Milliarden DM mehr in den öffentlichen Kassen gelandet. Die Vermögenssteuer wurde unter Kohl gleich ganz abgeschafft.

Und das ging so weiter: die rot-grüne Steuerreform machte seit 2000 die Steuerfreiheit für Anteilsverkäufe von Kapitalgesellschaften möglich, die Körperschaftssteuer wurde gesenkt. Es folgten die Steuerbefreiung für Dividenden, der gänzliche Wegfall der Gewerbesteuer und die Änderung der Gewerbesteuerumlage zu Gunsten von Bund und Ländern. So bietet die rot-grüne Steuerreform



Fotos: Karin Just



den großen und vor allem den international operierenden Unternehmen immer neue Möglichkeiten, Gewerbesteuern (deren gänzliche Abschaffung z.B. der Bundesverband der Deutschen Industrie/BDI fordert) zu sparen.

Die Städte sehen offenen Mundes zu, wie der Bund zur Sicherung des »Standort Deutschland« durch die »reformierte« Erhebung und Verteilung der Steuereinnahmen den Städten immer mehr Aufgaben aufbürdet, gleichzeitig aber das Geld wegnimmt. (...)

Ja: das ist eine Tragödie, denn es soll ja so sein: Dafür, dass Deutschland – vor allem seine großen Banken und Konzerne – nach Vorne kommt in der Welt, sollen wir mit der rapiden Verschlechterung unserer Lebensbedingungen bezahlen.

Wer den Sozialabbau rechtfertigt, verdient unser Mitleid nicht

Für diese »höheren Ziele« landen viele bei der »vernünftigen« Rechtfertigung des Sozialabbaus. Aus bewusst gemachter Verelendungspolitik wird ein »Sachzwang«, der eben »leider« dazu führen muss, dass die Kommunen immer weniger investieren, Schulen und Kulturausgaben eindampfen, die Gelder für Sozialeinrichtungen streichen oder kürzen, Gebühren erhöhen und Personal abbauen. Allein in München werden etwa zwei Drittel aller Sozialeinrichtungen von massiven Personal- und Sachkostenreduzierungen bis hin zur Schließung betroffen sein, wenn es nach den Befürwortern der Sparmaßnahmen im Münchner Stadtrat von Links bis Rechts, Stadtkämmerer und Sozialreferent Friedrich Graffe geht, der in großer Offenheit seine bis 2006 reichenden Sparpläne für München unter der Überschrift »Jeder einzelne wird die Schnitte spüren« in der SZ vom 16.8.2002 präsentiert und rechtfertigt.

Wieso sollen wir etwas ausbaden, das bewusst geplant und so gewollt ist?

Es gibt keinen noch so vernünftigen Grund, so zu tun, als handle es sich beim Kommunalhaushalt um »unseren« Geldbeutel. Klar, wenn in meinem privaten Beutel kein Geld mehr drin ist, heißt's erst mal (bevor ich einen anderen Ausweg finde) den Gürtel enger schnallen. Bloß: Wenn mir einer vor der Nase lächelnd die Börse geleert hat, dann versuche ich, mich zu wehren, dessen habhaft zu werden, mir das Geld zurück zu holen, vielleicht schrei' ich »Haltet den Dieb!« oder im Zweifelsfall hol' ich die Polizei. Es gäbe wenige, die dann sagten: »Vielleicht hatte der Dieb ja ganz recht?«

Im Ernst: Jeder Cent, den wir uns kürzen lassen – vielleicht gar noch mit unserer Hilfe – wird gegen uns verwendet werden, das ist eine alte Weisheit. Jammern und Wehklagen hilft nichts und Betteln ebensowenig.

Wir sind nicht der Watschenmann. Keine Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich!



Anmerkung:
 Dass einer der Hauptredner auf dieser Kundgebung der Sozialen Träger Münchens der Kommune empfahl, ihre Verwaltung effizienter zu machen und besser dort nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, wollen wir nicht verschweigen. Verweist es doch darauf, welche harte Auseinandersetzungen auch innerhalb der Betroffenen uns bei weiterem Sozialabbau noch bevorstehen.
 Die städtischen Beschäftigten führten am gleichen Tag eine Veranstaltung in der Olympiahalle durch, um ihrerseits gegen den Abbau in ihrem Bereich zu protestieren.



Schöne neue Arbeitswelt ...

... lautete der Titel des diesjährigen Seminars der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung (in Kooperation mit dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Außenstelle Süd), das am 27. und 28. September in der Frankenakademie Schloss Schney stattfand.

Die »neue« Arbeitswelt wurde von Professor Christoph Butterwegge von der Uni Köln zunächst in einen sozial- und wirtschaftspolitischen Zusammenhang gebracht. Sein Beitrag »Globalisierung und soziale Polarisierung: Armut und Reichtum in Deutschland« eröffnete das Seminar am Freitag Abend. Eine Kurzfassung des Referats drucken wir im Folgenden ab. Die Langfassung kann von der GEW-homepage heruntergeladen werden (www.bayern.gew.de).

Die »neue/alte (Selbst-)Ausbeutung« in der gegenwärtigen Arbeitswelt und die Kampagnen, die diese tragen, beschrieb Martin Dieckmann vom ver.di-Bundesvorstand am Samstag Vormittag. Deutlich wurde dabei nicht nur das Spannungsverhältnis, dem Beschäftigte ausgesetzt sind, die durch ihr Arbeitsverhältnis einerseits und ihre Aufgabenstellungen andererseits teilweise Unternehmer- und Arbeitnehmer-Funktionen übernehmen. Deutlich wurde auch, wie das Selbstverständnis von Betriebsräten, die die Interessen

von solchen »doppelfunktionalen« Beschäftigten vertreten sollen, ins Wanken kommen kann.

Am Beispiel der Weiterbildungsbranche ließ sich problemlos zeigen, wie stark sich die Deregulierung in unserem Arbeitsleben schon etabliert hat. Nicht nur das Normalarbeitsverhältnis, also mit Arbeitsvertrag, in Voll- oder Teilzeit mit meist fester Arbeitszeit und mit Flächentarifvertrag, ist in der Weiterbildung eher die Ausnahme. Auch die Scheinselbstständigkeit wird – von Arbeits- und Wirtschaftsministerium sanktioniert – weiterhin eine häufig anzutreffende Beschäftigungsform in der Branche sein.

In den Diskussionen zwischen und nach den Beiträgen konnten die Seminar-TeilnehmerInnen ihren jeweils eigenen beruflichen Hintergrund einbringen, der ihre Beschäftigung in der Weiterbildung als Festangestellte oder Honorarkräfte prägt.

von Ute Schmitt
AK SprachenlehrerInnen
in der GEW München
e-mail: US@bayern.gew.de



Fotos: Ute Schmitt

Globalisierung und soziale Polarisierung Armut und Reichtum in der Bundesrepublik

Neoliberalismus war zunächst eine Wirtschaftstheorie, aus der sich später eine Sozialphilosophie entwickelte, welche den Staat und die gesamte Gesellschaft aus Effizienzgründen nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Markt zu einem wahren Mythos und der Wettbewerb zwischen den Wirtschaftssubjekten zu einem Wundermittel für die Lösung aller sozialen Probleme gerät. Neoliberalen erscheint der (nordwest)euro-päische Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn seit dem Zweiten Weltkrieg kennen, als von der ökonomisch-technologischen Entwicklung überholt, als Hemmschuh der Wettbewerbsfähigkeit und moderner Dinosaurier, der ins Museum der Altertümer gehört, neben das Spinnrad und die bronzene Axt. Man wirft ihm vor, für die Investitionsschwäche des »Wirt-

schaftsstandorts D« und die hohe Arbeitslosigkeit hierzu-lande verantwortlich zu sein, weil es sich aufgrund der zu üppigen Lohnersatzleistungen für davon Lebende überhaupt nicht »rechne«, Erwerbsarbeit zu leisten. Ausgerechnet in einer Beschäftigungskrise, wo Millionen Arbeitsplätze – eben nicht: Arbeitswillige – fehlen, wird der Arbeitszwang wieder im Zuge einer Diskussion über den »aktivierenden/ermunternden Sozialstaat« verstärkt. Auch das Konzept der Hartz-Kommission ist ein weiterer Markstein auf diesem Weg in die falsche Richtung.

Wenn man bedenkt, wie kontinuierlich das deutsche Bruttoinlandsprodukt bei fast stabilen Preisen wächst, dass die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik stagniert oder längerfristig zurückgeht und dass die Sozialleistungsquote trotz

der außergewöhnlichen Belastung durch die Wiedervereinigung und einer erheblich höheren Arbeitslosenquote heute niedriger ist als vor einem Vierteljahrhundert, kann von einem »überbordenden« Wohlfahrtsstaat ernsthaft genauso wenig die Rede sein wie von einer Überforderung der Volkswirtschaft. Was sich in dem genannten Zeitraum – zu Gunsten von Grundeigentümern, Kapitalbesitzern, Selbstständigen und Spitzenverdienern, aber zu Ungunsten von Arbeitnehmer(inne)n, Erwerbslosen und Rentner(inne)n – spürbar verändert hat, ist die Verteilung des Volkseinkommens.

Neoliberalismus in der Sozialpolitik

Marktmechanismen und Konkurrenzbeziehungen halten Einzug auch in Gesellschaftsbereiche, die bisher davon frei waren oder – wie etwa das Sozial- und Gesundheitswesen – gar ein Gegengewicht hierzu gebildet hatten. Durch die Anwendung betriebswirtschaftlicher Managementmethoden, häufig unter dem »Diktat leerer Kassen« begonnen, jedoch als Reformmaßnahme deklariert und von wohl klingenden Etiketten (»Neues Steuerungsmodell«, »Qualitätssicherung«, »Kundenorientierung« o.ä.) begleitet, wurden Einsparreserven und Rationalisierungspotenziale auch dort genutzt, wo sie einem humanen Umgang mit sozial Benachteiligten und Behinderten dienen.

Deregulierung bedeutet nicht Verzicht auf staatliche Rahmensetzung, vielmehr deren Konzentration auf die Förderung des wirtschaftlichen Leistungswettbewerbs und der rentablen Kapitalverwertung. *Flexibilisierung* der Arbeitsverhältnisse und -zeiten bringt für die Beschäftigten keine oder nur wenig Vorteile, weil sie sich den wirtschaftlichen Verwertungsbedingungen unterordnen müssen und nicht selbst bestimmen können, wann und unter welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. *Privatisierung* öffentlichen Eigentums und sozialer Dienstleistungen läuft auf *Entpolitisierung*, diese wiederum auf die *Entdemokratisierung* der Gesellschaft hinaus, weil nunmehr der Bourgeois jene Entscheidungen trifft, die eigentlich dem Citoyen bzw. dem Gemeinwesen und seinen gewählten Repräsentant(inn)en vorbehalten bleiben sollten.

Wenn sie als neoliberales Projekt ohne Ausgleich binnengesellschaftlicher und internationaler bzw. -kontinentaler Wohlstandsgefälle durch soziale Interventionsmaßnahmen realisiert wird, bildet die Globalisierung eine Gefahr. Wohlfahrtsstaaten stehen aber nicht im Standortwettbewerb miteinander, sondern bilden einen relativ unabhängigen, von den Verteilungs-, Macht- und Mehrheitsverhältnissen abhängigen Überbau der Volkswirtschaften, die ihrerseits aus Unternehmen, Kapitaleigentümern und Beschäftigten bestehen. Wie viel Geld für die Sozialpolitik verwendet wird, ist zwar nicht losgelöst vom gesellschaftlichen Reichtum, bleibt aber auch in einer globalisierten Welt letztlich jedem Land selbst überlassen.

Überhaupt ist zu fragen, ob es im dritten Jahrtausend für mündige Bürger/innen noch Sinn macht, gegeneinander



Foto: Robert Michel

zu konkurrieren, statt im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung miteinander zu kooperieren. Der neoliberale Wettbewerbswahn kann schlechterdings nicht das Bewegungsgesetz einer Gesellschaft der Zukunft sein. Wohlfahrtseinrichtungen, Kunst, Kultur, (Weiter-)Bildung, Wissenschaft und Forschung dürfen nicht von kommerziellen Interessen oder von der Spendierfreude privater Unternehmer, Mäzene und Sponsoren abhängig werden. Besser für die Allgemeinheit wäre es, sie in der Obhut demokratisch legitimierter Institutionen zu belassen.

Folgen der Standortlogik: Dualisierung der Armut, soziale Polarisierung und Entsolidarisierung

Die wirtschaftliche Globalisierung führt keineswegs zur Generalisierung des Wohlstandes. Vielmehr wirkt der Globalisierungsprozess im Rahmen neoliberaler Politik als »soziales Scheidewasser«, das die Bevölkerung der Bundesrepublik wie die anderer Länder in Gewinner und Verlierer/innen, diese jedoch wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarme) einerseits sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarme) andererseits spaltet. Was man »Dualisierung der Armut« nennen kann, reproduziert die »klassische« Doppelstruktur sozialer Ungleichheit auf erweiterter Stufenleiter: Während die Dauerarbeitslosen den »sozialen Bodensatz« im Gegenwarts-kapitalismus bilden, verkörpern Niedriglohnempfänger/innen, oftmals Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten entstammend, gewissermaßen das »Treibgut« des Globalisierungsprozesses.

Auswirkungen der Standortlogik bestehen in der Wohlstandsmehrung für relativ wenige und in der Verarmung vieler Menschen, verbunden mit einer Tendenz zur Spaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und (Sozial-)Staat. Der ganze Planet wird in Gewinner- und Verliererstaaten, jede Gesellschaft noch einmal in soziale Auf- und Absteiger gespalten. Prozesse der Pauperisierung, sozialen Polarisierung und einer Dualisierung der Sozialstruktur sind Resultate der neoliberalen Modernisierung. Ulrich Beck sprach 1986 in seinem Buch »Risikogesellschaft« noch von einem sozialen »Fahrstuhl-Effekt«, der alle Klassen und Schichten gemeinsam nach oben befördert habe. Betrachtet man vor allem

den weiteren Verlauf der Gesellschaftsentwicklung, kann zumindest seither von einem *Paternoster-Effekt* die Rede sein: In demselben Maße, wie die einen nach oben gelangen, geht es für die anderen nach unten. Mehr denn je gibt es im Zeichen der Globalisierung ein soziales Auf und Ab, das Unsicherheit und Existenzangst für eine wachsende Zahl von Menschen mit sich bringt.

Vor allem die Steuerpolitik sorgte während der gesamten 80er- und 90er-Jahre dafür, dass sich die Einkommensverteilung zu Lasten von Arbeitnehmer(inne)n und ihren Familien verschob, während begünstigt wurde, wer Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erzielte. Zu nennen sind Senkungen der Körperschaftssteuer, die Abschaffung der Vermögen- und der Gewerbesteuer sowie eine Vielzahl von Sonderabschreibungen, die Jahressteuergesetze, das Fördergebietsgesetz, das sog. Standortversicherungsgesetz und drei Finanzmarktförderungsgesetze enthielten.

Wenn die »Amerikanisierung« des Sozialstaates (exemplarisch genannt sei nur die Teilprivatisierung der Altersvorsorge durch das am 11. Mai 2001 von Bundestag und Bundesrat endgültig beschlossene Altersvermögensgesetz) fortgesetzt wird, dürfte eine Amerikanisierung der Sozialstruktur (Vertiefung der gesellschaftlichen Kluft zwischen Arm und Reich) nicht ausbleiben. Damit verbunden wäre eine noch weiter verschärfte soziale Polarisierung, wie sie in den USA schon seit langem zu beobachten ist. Jenseits des Atlantiks ist auch die sozialräumliche Trennung von Bevölkerungsgruppen klarer erkennbar, samt ihren verheerenden Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft, hinsichtlich einer drastisch gestiegenen (Gewalt-)Kriminalität, des Drogenmissbrauchs und einer Verwahrlosung der öffentlichen Infrastruktur.

Man kann von einer Dualisierung bzw. einer Doppelstruktur der Armut sprechen: Einerseits sind (bis in den Mittelstand hinein) mehr Personen betroffen, und zwar auch solche Bevölkerungsgruppen, die früher – weil meist voll erwerbstätig – im relativen Wohlstand des »Wirtschaftswunderlandes« lebten.

Politische Mobilisierung gegen soziale Segregation

Deutlich zugenommen hat die Zahl jener Personen/Haushalte, deren Einkommen *trotz* Lohnarbeit in Form eines oder mehrerer Arbeitsverhältnisse nicht oder nur knapp über der relativen Armutsgrenze liegt (»working poor«). Andererseits verfestigt sich fast unbemerkt die Langzeit-, perforierte bzw. Mehrfacharbeitslosigkeit älterer und/oder gering qualifizierter Personen zur Dauerarbeitslosigkeit, wodurch ansatzweise eine soziale Schicht total Deklassierter, d.h. vom Arbeitsmarkt wie auch von der gesellschaftlichen Teilhabe Ausgeschlossener (»underclass«), entsteht.

Auch in der Bundesrepublik hat sich, wenngleich mit erheblicher Verzögerung gegenüber anderen westlichen Industrieländern, ein breiter, seinem Umfang nach oft unter-

schätzter Niedriglohnsektor herausgebildet, der nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze umfasst. Den armen Erwerbslosen, die niedrige oder ganz fehlende Lohnersatzleistungen auf das Existenzminimum zurückwerfen, traten die erwerbstätigen Armen zur Seite. Längst reichen viele Vollzeitverhältnisse nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, sodass ergänzend ein oder mehrere Nebenjobs übernommen werden und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (zum Teil schwarz) weitergearbeitet wird.

Die soziale Segregation nimmt zu: Vor allem viele Großstädte zerfallen in Luxusquartiere und sozial benachteiligte Wohngebiete oder auch Stadtteile »mit besonderem Erneuerungsbedarf«, wie sie sehr euphemistisch genannt werden. Dort entsteht ansatzweise ein modernes Lumpenproletariat, das sich in erster Linie aus Migrant(inn)en zusammensetzt. Die gesellschaftlichen Kern- und Randschichten konstituieren separate Lebenswelten, spezifische soziokulturelle Milieus und »Parallelgesellschaften« bzw. ethnische Gemeinschaften, was sich in ökonomischen Krisen- und Umbruchperioden politisch für eine Radikalisierung nach rechts ausnutzen lässt. Die neoliberale Hegemonie führt also nicht nur zu einer Dichotomie der Sozialstruktur, sondern auch zu verstärkter Sozialdemagogie rechtsextremer Organisationen, und bedroht letztlich die Demokratie.

Entscheidend für die Realisierung einer sozialen Bürger- bzw. Zivilgesellschaft ist, ob es gelingt, das gesellschaftliche Klima im Rahmen einer politischen (Gegen-)Mobilisierung zu verbessern und eine neue Kultur der Solidarität zu entwickeln. Mag es auch nach den Terroranschlägen von New York und Washington am 11. September 2001, zum Teil heuchlerischen Reaktionen und einer seither noch mehr um sich greifenden Verkürzung des Sicherheitsbegriffs auf militärische Optionen, polizeiliche Interventionen und Geheimdienstaktionen schwerer sein, für demokratische Offenheit, Toleranz und Solidarität zu werben, so eröffnet doch dies allein Perspektiven für eine humane Gesellschaft, in der Mitmenschlichkeit und nicht der (Welt-)Markt das Zusammenleben bestimmt.



von Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft
an der Universität zu Köln

prekär 7 ist da

Eine neue Ausgabe von *prekär*, der Zeitung für die Beschäftigten in der Weiterbildung, liegt vor.

Die GEW-Mitglieder, die sich zur Aufnahme in den Verteiler für den Bereich Weiterbildung gemeldet hatten, bekommen die neue *prekär* in den nächsten Tagen zugeschickt. Alle anderen Interessierten können *prekär 7* anfordern bei der Geschäftsstelle der GEW Bayern, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, 089-544081-0, info@bayern.gew.de

(Wir möchten darauf hinweisen, dass alle älteren Verteiler für den Bereich Weiterbildung gelöscht sind und nur noch KollegInnen, die den Fragebogen in diesem Jahr zurückgeschickt haben, weiterhin Material bekommen. Alle, die das nicht getan haben und trotzdem beliefert werden wollen, mögen dies bitte bekannt geben.)

Die Kriegsgefahr ist nicht gebannt!

Warum will Bush unbedingt Krieg gegen den Irak?

»Die USA werden Bagdad angreifen, unabhängig davon, ob UNO-Inspektionen zustande kommen oder nicht«. Eng drängten sich die 40 Gäste im Hinterzimmer eines kleinen Cafés, als Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung Tübingen e.V. (IMI) auf Einladung der Aschaffenburger attac-Arbeitsgruppen GEW, »Politischer Club« und »Krieg & Frieden« diese These aufstellte und davor warnte, dass mit dem Einlenken des Irak in die Forderungen Washingtons die Kriegsgefahr gebannt sei.

Nachdem er ein Angriffsszenario auch nach erfolgten UNO-Inspektionen gezeichnet hatte, durchleuchtete der junge Autor des im VSA-Verlag erschienen Buches »Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor« die vier von US-Präsident Bush genannten Gründe, die einen Angriff auf den Irak notwendig machen würden. So sei auch der US-Regierung inzwischen klar geworden, dass der Grad einer Verwicklung des irakischen Regimes in den internationalen Terrorismus deutlich unter dem zahlreicher anderer Staaten liege. Die US-Regierung räume jetzt ein, dass sie über keinerlei »schlagende Beweise« verfüge, die sie dem US-Kongress vorlegen könne. »Wenn wir auf den schlagenden Beweis dafür warteten, wäre es zu spät«, zitierte der Referent den US-Verteidigungsminister. Das stärkste Argument gegen eine Gefahr für die Nachbarn Iraks sei, dass eben diese Nachbarn, die angeblich bedroht sind und von den USA beschützt werden sollen, allesamt gegen den US-Krieg seien. Es bleibe der Vorwurf, der Irak setze seine Massenvernichtungsmittel generell und in jeder Auseinandersetzung ein, was eine nicht tolerierbare Gefahr für die USA, vor allem aber auch für Israel sei. Hierfür führe Bush die ohne Zweifel grausamen Giftgasangriffe im Iran-Krieg und gegen die kurdischen Bevölkerung an. Allerdings vergäßen die Vereinigten Staaten dabei zu erwähnen, dass beide mit ihrer Billigung geschehen seien. Ein Zitat aus der »International Herald Tribune« belege weiterhin: »Die CIA hat keine Beweise, dass der Irak innerhalb fast eines Jahrzehntes in terroristische Operationen gegen die USA verwickelt war und die Spionageagentur ist ebenfalls davon überzeugt, dass Hussein keine chemischen oder biologischen Waffen an Al-Qaida oder ähnliche terroristische Gruppen geliefert hat.«

So führte Jürgen Wagner vor, wie alle Beschuldigungen Bushs bei näherer Betrachtung in Widersprüchen stecken blieben oder eben nicht als völkerrechtlich hinreichend für den Einsatz gewaltsamer Mittel taugten. In Bezug auf das im September von Premier-Minister Tony Blair vorgelegte Dossier meinte Wagner nur: »Im Westen nichts Neues«

Den Sack schlagen - den Esel treffen

Auf der Suche nach den tiefer liegenden Kriegsgründen lenkte der Referent das Augenmerk schließlich auf die

immer wieder von US-Offiziellen vorgebrachten »vitalen Interessen« des Westens an den Ressourcen in der Golfregion einerseits und dem in den Augen US-amerikanischer Machtstrategen geschwunden Vertrauen in die saudiarabischen Herrscher auf der anderen Seite. Da zur Zeit noch ein komplexes Gefüge von Abhängigkeiten und wechselseitigen Beziehungen ein direktes Vorgehen gegen den »unsicheren Kameraden« Saudi-Arabien verböte, suche man den Umweg über die gewaltsame Schaffung eines »demokratischen Irak«, der als drittgrößtes Förderland genug Ressourcen besäße, um die westlichen Gesellschaften und Kriegsmaschinerien unabhängig vom saudischen Öl zu machen und so den Kampf um »das Herzblut des Westens« für sich zu entscheiden.

»Falls es Washington nicht gelingt, die Forderungen so hoch zu schrauben, dass Hussein die Inspektoren ausschließt, ist zu erwarten, dass es einen Zwischenfall provozieren oder inszenieren wird, der dann die Legitimation zum Angriff – nun unter UNO-Mandat – geben soll.«, schloss Jürgen Wagner.

Weiterhin Druck auf rot-grün!

Auf die Frage, was denn für die Friedensbewegung zu tun bliebe,

wenn der Krieg ohnehin schon nicht mehr zu verhindern und eine beschlossene Sache sei, antwortete Wagner: »Das wollte ich so nicht rüberbringen!« Nach dem wohl wahlkampfentscheidenden Nein des Bundeskanzlers zum Irak-Krieg hieße es jetzt umso mehr, die rot-grüne Regierung zur Beibehaltung dieses Neins zu drängen. Sie müsste schon erklären, wie man weiterhin an Bushs Kriegs-Aktion »enduring freedom« teilnehmen kann, ohne in den drohenden Irak-Krieg hinein gezogen zu werden.

Die UN-Resolution 1441 vom 8.11. – mit dem provokativ verschärften Abrüstungs- und Kontrollsystem, deren Text voller »constructive ambiguities« (gewollter Ungenauigkeiten) ist, mit ihrer Konstruktion »erheblicher Verletzungen« beliebiger Irakresolutions, der ständigen Rechtfertigung der Bombardierungen des Irak und der unbestimmten Drohung mit ernsthaften Konsequenzen – lässt viele Wege zum Missbrauch offen. Auch die Annahme der Resolution durch den Irak wird leider nicht ausreichen, die Kriegsgefahr zu bannen.

von Reinhard Frankl



Foto: Robert Michel

Aufruf zu den MAV-Wahlen 2003

Zwischen dem 1. Januar und dem 30. April 2003 finden turnusmäßig die Neuwahlen zu den Mitarbeitervertretungen (MAV) der ev.-luth. Kirche und der Diakonie in Bayern nach dem Mitarbeitervertretungsgesetz (MVG) und seiner Wahlordnung statt. **Wir fordern alle KollegInnen auf, sich an den Wahlen zu beteiligen und, soweit möglich, selbst zu kandidieren!**

Auch wenn die Mitbestimmungsrechte der MAV im Vergleich zum Betriebsrat in wesentlichen Punkten eingeschränkt sind und die Wahlordnung einige Komplikationen aufweist, ist die Funktion der MAV als Schutzorgan für die Beschäftigten doch unverzichtbar. Wenn oft eine schwache und ineffiziente MAV kritisiert wird, sollte man nie vergessen, daß es eben offizielle Doktrin der ev.-luth. Kirche war und ist, dass auch in der MAV sich eine sog. Dienstgemeinschaft wieder spiegeln soll, in der nicht die Interessengegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern die gemeinsame Verantwortung und vertrauensvolle Zusammenarbeit von MitarbeiterInnen und Dienststellenleitung zum Ausdruck kommen soll.

- Daher gibt es keine Beteiligung von MAV an Aufsichtsräten und Wirtschaftsausschüssen.
- Daher werden Aufgaben und die Rolle der Gewerkschaften gar nicht erwähnt.
- Daher dürfen sich MAVen nicht an Arbeitsgerichte wenden (sondern nur an sog. Schlichtungsstellen bzw. kirchliche Verwaltungsgerichte)

Aus diesen Gründen ist es besonders wichtig, dass GewerkschafterInnen in die MAVen gewählt werden, die wiederum den rechtlichen und berufspolitischen Rückhalt von ihrer Gewerkschaft bzw. dem DGB haben.

Alle neugewählten Mitglieder in Mitarbeitervertretungen – einschließlich der jeweiligen Ersatzmitglieder – werden dringend gebeten, sich zwecks Erstellung eines bayernweiten Verteilers bei der Landesgeschäftsstelle der GEW Bayern zu melden: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, Tel.: 089/54 40 81 14, Fax: 089/5 38 94 87

Alle bereits gewählten MitarbeitervertreterInnen (einschließlich der Ersatzleute) in Einrichtungen der katholischen Kirche und des Caritasverbandes mögen sich, bitte, soweit noch nicht geschehen, ebenfalls dort melden!

Das sexualpädagogische Schulprogramm »About you« von Pro Familia ist in Gefahr!

Die sexualpädagogische Arbeit an Schulen ist seit vielen Jahren ein wesentlicher Arbeitsbereich von Pro Familia.

Das mit der Firma Procter&Gamble entwickelte Schulprogramm »All about you« wird in großer Zahl von Schulen, LehrerInnen, ErzieherInnen und vielen unterschiedlichen Einrichtungen eingesetzt.

Dieses Programm ist nunmehr in Gefahr, weil die Vereinigung »Juristen für das Lebensrecht« von den Kultusministerien verlangt, die Verwendung von Broschüren dieses Programms in den Schulen zu unterbinden. Das bayerische KuMi hat als einziges auf diese Forderung reagiert und P&G mitgeteilt, die Broschüren verstößen eklatant gegen die Bayerischen Sexualkundeunterrichtslinien. Gleichzeitig rief eine von »Lebensschützern« initiierte Leserbriefkampagne zum Boykott von P&G-Produkten auf. Das zeigte Wirkung bei der Firmenleitung. Pro Familia bittet um Unterstützung durch möglichst positive fachliche Rückmeldungen an P&G die Notwendigkeit und den praktischen Nutzen der Broschüren zu bestätigen, damit das Programm fortgesetzt werden kann.

Nähere Informationen bei:

Pro Familia, Herrn Hosemann, Düsseldorf Str. 22, 80804 München, Tel.: 089/30 61 12 85, E-mail: info@profamilia-bayern.de

Stellenausschreibung

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bayern, sucht eine/n

Organisationssekretär/in - Weiterbildung

um frühestens zum 1.1.2003 das Büro für Weiterbildung in Nürnberg bzw. Nordbayern wieder zu besetzen.

Die Stelle ist mit 50 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausgestattet und wird nach Gruppe 7 der DGB-Gehaltstabelle vergütet.

Die Tätigkeit hat folgende Schwerpunkte:

- Rechts- und Sozialberatung
- Initiierung sowie inhaltliche und organisatorische Unterstützung von Betriebsratsarbeit
- Initiierung, Unterstützung und Führung von Verhandlungen über Haustarifverträge und Betriebsvereinbarungen
- Verfassen von Stellungnahmen/Positionspapieren/Artikeln
- Zusammenarbeit mit und Unterstützung der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung

Anfragen und Bewerbungen werden erbeten an den GEW-Landesvorstand, Schwanthalerstr. 64, 80336 München



... volle Säle



... junges Publikum



2. ErzieherInnenstag der GEW Bayern in Regensburg ...

Über 400 ErzieherInnen – von langjährig berufserfahrenen bis zu solchen in der Ausbildung – nahmen am 23. November das Angebot der GEW wahr, sich zu informieren und auszutauschen.

Was Bildung in der frühen Kindheit bedeutet und welche Finanzierung dafür nötig ist, wurde im überfüllten Auditorium Maximum der Universität Regensburg diskutiert. Und in 18 Arbeitsgruppen gaben qualifizierte, engagierte ReferentInnen aus der Praxis ihre Erfahrungen weiter und präsentierten die GEW als kompetente Partnerin für ErzieherInnen aller Bereiche.

Ein ausführlicher inhaltlicher Bericht folgt in der nächsten DDS.



... engagierte Diskussion



... kompetente ReferentInnen



... und ein Organisationsteam vom Feinsten. Danke, allen!



... vielfältige Arbeitsgruppen



zum Offenen Brief des Kollegen Dr.
Richard Mährlein in der DDS 5/6 2002

**Rettet die Frühförderung vor
Sozialministerium, Städtetag,
Tarifflüchtlingen
– und auch vor dem Kollegen Dr.
Richard Mährlein, Fürth!**

Gut, dass es den ohne Zweifel rühri-
gen Kreisverband Fürth in der bayeri-
schen GEW gibt, denn sonst wäre es
um die GEW Bayern schlecht bestellt
und Kollege Mährlein würde uns und
der GEW den Rücken kehren.

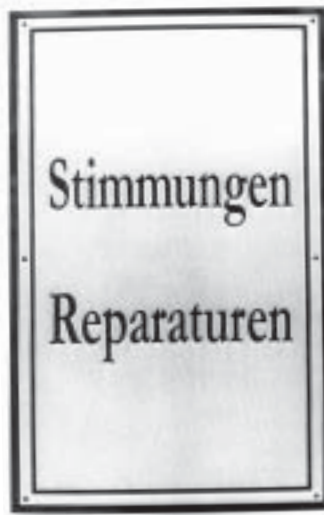
Der »Fachgruppenegoismus würde
fröhlich Urständ feiern«, reklamierte er
in seinem Leserbrief zur LVV, und die
FG SozPäd presche mit einem 5-Zei-
ler-Antrag vor, um vorgeblich Frühför-
derung in die Schlagzeilen zu bringen.
Das ist für ihn der Beitrag der FG Soz-
Päd zu Niedergang, verheerendem Bild
und angeblich traurigem Zustand der
GEW Bayern.

Für den Kollegen Mährlein wäre es
vielleicht ganz gut gewesen, sich mit
Bildungschancen auseinander zu set-
zen und vielleicht auch einmal daran
zu denken, dass Bildung bereits vor der
Schule beginnt und was Frühförderung
dabei leistet, auch im Hinblick auf die
späteren Chancen von Kindern, die der
Frühförderung bedürfen.

Bildung von Anfang an zu denken,
Bildungschancen auch für benachtei-
ligte behinderte und von Behinderung
bedrohte Kinder zu verbessern, dies als
Fachgruppenegoismus abzutun, ist
wohl reichlich weit hergeholt. Und
dann noch so ein angeblich wichtiges
Thema in einen 5-Zeiler zu verpacken!
Ab wieviel Zeilen, so drängt sich mir
die Frage auf, ist ein Antrag mehr als
Fachgruppenegoismus nach Meinung
unseres Fürther Kollegen.

Erfreulich für uns als Landesfachgrup-
pe SozPäd ist, dass der Antrag auf der
LVV mehrheitlich beschlossen wurde,
denn das flächendeckende bayerische
Netz von interdisziplinären Frühför-
derstellen ist unserer Ansicht nach ei-
nes der wenigen positiven Beispiele
bayerischer Bildungspolitik.

Doch auch diese positiven Institutio-
nen sind aufgrund von Finanzierungs-
streitigkeiten gefährdet, wie Erfah-



rungsberichte, Umfragen unter dort
arbeitenden GEW-KollegInnen und
Einschätzungen von Trägern zeigen:
Das bayerische Sozialministerium hat
dem finanziell klammen bayerischen
Städtetag seit der Änderung des Sozi-
algesetzbuchs (SGB) IX den Floh ins
Ohr gesetzt, die Kosten der Frühför-
derung hätten nun nur noch die
ebenfalls finanziell klammen Krank-
kassen zu übernehmen, was eine Er-
sparnis von ca. 29 – 34 Mio. Euro be-
deuten würde, für die Krankenkassen
logischerweise Mehrausgaben in der
gleichen Höhe.

Das alles hat sich bereits vor den Bun-
destagswahlen abgespielt, um, meiner
Meinung nach, die Bundesregierung
einmal wieder vorzuführen und aufzu-
zeigen, dass sie einmal wieder ein Ge-
setz mit heißer Nadel gestrickt hat.

Wie die krankenkassenfinanzierte
Frühförderung aussieht, wissen Logo-
pädagoginnen, Ergotherapeutinnen, Kran-
kengymnastinnen, also Angehörige der
medizinischen Assistenzberufe und
Träger der Frühfördereinrichtungen
zur Genüge: Ähnlich wie bei der Pfl-
geversicherung wird nur die Arbeit **mit
dem Kind** und nicht **für das Kind** fi-
nanziert. Übersetzt für LehrerInnen:
der Staat finanziert und bezahlt Euch
nur noch die reine Unterrichtszeit, aber
nicht Euere Vorbereitungszeit.

Für die Arbeitsbedingungen des Per-
sonals und damit die Qualität der Ar-
beit hat dies verheerende Folgen:
Teambesprechungen, Vor- und Nach-
bereitungszeiten, Fortbildungen,
Teamsupervision und und und fallen
dem Rotstift zum Opfer, Arbeitsinten-
sivierung und Verdichtung, ein höhe-
rer Förderdurchsatz von Kindern, stär-

kere Arbeitsbelastung der Kolleginnen
und Kollegen, zunehmende Tarifflicht
der Träger als Weg des geringsten Wi-
derstands und Schließungen von Ein-
richtungen sind bereits eingetretene
und sich noch verschärfende Folgen.
So wäre es weitergegangen, wenn sich
nicht, oh Wunder, das bayerische So-
zialministerium als Retter der bayeri-
schen Frühförderstellen dazwischen
geworfen hätte. Es hat die Kommu-
nen als Träger der Sozialhilfe noch
einmal überreden können, bis 2004 die
pädagogischen Anteile der Frühförde-
rung zu finanzieren, d.h. die Arbeit von
Erzieherinnen, HeilpädagogInnen,
PsychologInnen und Sonderpädago-
gInnen in der Frühförderung.

Trotzdem sind nach wie vor die Rah-
menbedingungen der Frühförderung
und damit die von der Struktur her
mögliche Qualität völlig strittig und
offen. Ebenso ist die Entgeltanpassung
an die Steigerung der Tariflöhne und
die allgemeine Kostensteigerung trotz
entsprechender Forderung der Träger-
organisationen in Höhe von 7% noch
nicht einmal mit den Kommunen als
Sachaufwandsträger verhandelt wor-
den, weil diese sich weigern!

Der Brandstifter Sozialministerium,
der neben dem brennenden Haus über
Lösch- und Brandverhütungsmaßnah-
men diskutiert, hält sich vornehm zu-
rück.

Ich denke, dass die pädagogisch wert-
volle Institution Frühförderung drin-
gend einer solidarischen gewerkschaft-
lichen Unterstützung der Bildungsgewerkschaft GEW bedarf, denn es geht
um Chancengleichheit, Verbesserung
von Startchancen für Kinder im Hin-
blick auf ihre spätere Lebensbewälti-
gung, um elementare Bildung in den
ersten Lebensjahren und nicht zuletzt
um die finanzielle Situation unserer
Kolleginnen und Kollegen und ihre
Arbeitsbedingungen. Wer also, wenn
nicht wir?

Ich hoffe, dass dieser Beitrag, der deut-
lich länger als Fünf Zeilen ist, den
Kollegen Mährlein davon überzeugen
kann, dass unser Antrag wohl mehr als
Fachgruppenegoismus ist.

von Wolfgang Nördlinger
Vorsitzender der Fachgruppe SozPäd

Endlich: Die erste vernünftige Datenbank für Kinder- und Jugendliteratur ist im Internet!

Jährlich werden bundesweit ca. 8.000 bis 10.000 Bücher von der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) besprochen. Diesen Schatz werden ab sofort alle Internet-Benutzer heben können.

Damit man sich die Adresse gut merken kann, ist es uns gelungen, mit vier Buchstaben auszukommen: ajum.

www.ajum.de

Es gibt eine sogenannte »freie« Suche, die auch nach einzelnen Wörtern suchen kann sowie Suche nach Suchkriterien, die sich in sogenannten »Pulldowns« befinden.

Man könnte also suchen nach „*Astrid Lindgren UND Lesealter 10-11 Jahre UND Taschenbuch UND als Klassenlektüre geeignet*“. Wenn es (ab diesem Herbst 2002) eine Neuerscheinung / Neuauflage geben sollte, wird man bald in dieser Datenbank eine Rezension dazu finden.

Dort sind auch Verbindungen (Links) zu anderen Kinder- & Jugendliteratur-Organisationen sowie zu entsprechenden Verlagen angelegt und eine Verbindung zur Bundes-GEW-Seite gibt es auch.

Am besten: www.ajum.de eingeben und immer wieder mal ein bisschen stöbern!

Comenius-Medaille 2002 für:

»Gewaltig schlau. Der Klügere denkt nach.«

Eine multimediale Anwendung zum Umgang mit dem Thema Gewalt

SchülerInnen begegnen tagtäglich Gewalt in unterschiedlichen Zusammenhängen, medial vermittelt in Film, Video, Fernsehen, Internet und Computerspielen, aber auch unmittelbar erlebt in Schule und Alltag.

Diese CD-ROM, die vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest, der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen und der Landesanstalt für privaten Rundfunk Hessen herausgegeben wird – ist ein multimediales und interaktives Arbeitsmittel für Schule oder Freizeit und wendet sich an Jugendliche aller Schulformen. Gleichzeitig unterstützt die CD-ROM auch den traditionellen Unterricht mit Materialien und Vorschlägen, die auch außerhalb des Computers zum Tragen kommen können..

Auf diese Weise findet die Förderung von Medienkompetenz in mehrfacher Hinsicht statt – durch die Verknüpfung verschiedenster Medien können sich Schüler mit dem Thema Gewalt auseinander setzen

und zugleich technische und kritisch reflexive Medienkompetenz erwerben.

Gewaltig schlau. München 2001, CD-ROM, 7,80 Euro, ISBN 3-935686-08-0

www.jff.de

Die Homepage des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis ist eine Fundgrube für alle, die sich mit der Frage des Medienumgangs der heranwachsenden Generation befassen

Dies und Das

»Bilderfluten«

Dr. Werner Hopf, der Autor des Artikels von Seite 7 dieser »DDS« hat das Buch »Bilderfluten« herausgegeben.

Dieser Titel wie auch der Untertitel »Medienkompetenz und soziales Lernen in der Sekundarstufe« sind Programm. Kinder und Jugendliche werden zunehmend visuell sozialisiert, doch finden sie kaum jemand, der sie während dieser sehr tief greifenden und zum Teil erbarmungslosen Bilder-Sozialisation kompetent informiert, erzieht und im besten Sinne aufklärend begleitet. Dieser Vernachlässigung wird mit dem Praxishandbuch ebenso theoriegeleitet wie im Härtetest des Klassenzimmers bewährt auf vorzügliche Weise begegnet.

Im ersten Teil werden der medienpädagogische Ansatz, die Evaluation der Unterrichtseinheiten wie Projekte und zentrale Forschungsergebnisse zu Medienwirkungen dargestellt. Gerade die Evaluation ist ein besonderes Qualitätsmerkmal dieses Praxishandbuchs, da bisher kaum evaluierte Medienerziehung betrieben wurde. Der erste Teil wird abgeschlossen durch die Darstellung der Dramaturgie eines Spielfilms, die erst einen funktionierenden Film, d.h. Wirkungen erzeugt, indem die Zuschauer emotional gefesselt werden. Ein sehr informativer Beitrag!

Im zweiten Teil folgen 122 wirkliche Praxisseiten. Beginnend mit einem Projekt zur Mediennutzung wird folgerichtig und in sich absolut stimmig mit einer Vielzahl von in der Praxis erprobten Unterrichtseinheiten dem Konzept der sozial wirksamen Schule gefolgt, wobei alle Aktivitäten jeweils vollständig oder entsprechend örtlichen Gegebenheiten oder den Präferenzen der Lehrkraft auch nur in Teilen durchgeführt werden können. Ziel dieser Einheiten ist, in den Schülern kritische Medienkompetenz durch unmittelbar berührende Themen wie zum Beispiel Motive des Sehens, Star-Kult, Videogewalt-Spiele, »Bilder lügen« anzubahnen. Zugleich wird prosoziales Lernen anhand qualitativ

hochwertiger Filmbeispiele ermöglicht. Damit jeder Benutzer sein Hintergrundwissen zu den einzelnen Themen erweitern kann, sind den meisten Unterrichtseinheiten notwendige psychologische und pädagogische Bezüge in knapper Form vorangestellt.

Für die unterrichtliche Umsetzung wurde erkennbar Wert auf Handlungsorientierung gelegt. Vorwissen und Vorerfahrungen der SchülerInnen sind gerade bei dieser Thematik unverzichtbar, sie sollen bewusst aktiviert und pädagogisch genutzt werden.

Eine grundlegende Konzeption für die Projektarbeit mit Medien stellt de Bruin auf dem Hintergrund seiner breiten Erfahrungen vor. In seiner Konzeption werden die sinnvolle Nutzung der Medien für die Projektarbeit wie auch für die Erarbeitung einer kritischen Haltung durch die SchülerInnen am Beispiel der Talkshows praxisnah und gut umsetzbar dargestellt. Diesen Ansatz ergänzend befasst sich der Beitrag von Dango mit anschaulich strukturierten Vorschlägen für den Aufbau einer Schul-Videogruppe.

Die benutzerfreundliche robuste Spiralheftung im DIN-A4-Format erleichtert die Unterrichtsvorbereitung durch die zahlreich angebotenen Module und grafisch sehr ansprechenden Kopiervorlagen ungenügend – das Handbuch enthält fast alles, was zur Durchführung qualifizierter Medienerziehung benötigt wird uns lässt kaum Wünsche offen.

von Wolfgang W.H. Löffler

Werner H. Hopf: Bilderfluten, Care-Line Verlag Neuwied 2002, 151 Seiten, 17,80 EUR, ISBN: 3-932849-62-0.

Hör zu! Hörbücher für Kinder und Jugendliche

Der Arbeitskreis für Jugendliteratur veranstaltet vom 2. bis 4. Mai 2003 ein Seminar zum Thema Hörbücher für Kinder und Jugendliche in Bad Herrenalb.

Die Tagung bietet einen Überblick über den boomenden Hörbuchmarkt für Kinder und Jugendliche. Vorträge und Gespräche mit ExpertInnen aus Rundfunk, Wissenschaft und Verlag sind ebenso vorgesehen wie Diskussionen über Qualitätsstandards. Auch entwicklungspsychologische Grundlagen des Hörens und der Sprachentwicklung sowie medien- und sinnespädagogische Perspektiven sind Teil des Programms.

Nähere Informationen und Programm: *Arbeitskreis für Jugendliteratur e.V. Metzstraße 14c, 81667 München Tel.: 089-45 80 80-6, Fax: 089-45 80 80-88 E-Mail: info@jugendliteratur.org www.jugendliteratur.org*

Unterrichtsmaterialien zur Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«

Die GEW Hamburg hat in Zusammenarbeit mit der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung Hamburg ein Heft (64 Seiten) mit Unterrichtsmaterialien zur Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« erstellt.

Das Heft bietet umfangreiche Originaltexte und Unterrichtshinweise zu den Themen

- Ziele und Realität des Vernichtungskrieges
- Umgang mit der Ausstellung »Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944« im Unterricht
- Die anderen Soldaten
- Die ersten Jahre der Bundesrepublik Deutschland – Nationalsozialismus und die ehemalige Wehrmacht in der öffentlichen Diskussion
- 1997: Reaktionen in München und Bonn auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944«

Das Heft kann in der GEW-Landesgeschäftsstelle zum Selbstkostenpreis von je 3,- Euro angefordert werden.

GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64

80336 München,

Tel.: 089-5 44 08 10

Fax: 089-5 38 94 87

»Kinderarmut und Generationengerechtigkeit«

Thema des Sammelbandes sind sowohl das gesellschaftliche Problem der (Kinder-)Armut als auch seine Verschränkung mit der Debatte über »Generationengerechtigkeit«. Deren wachsendes Gewicht im öffentlichen Diskurs lenkt von einer dramatisch wachsenden Ungleichheit *innerhalb* aller Generationen ab. Kinderarmut wird als politisch-ideologischer Hebel benutzt, um Teile der Armutspopulation, aber auch Eltern und Kinderlose, gegeneinander auszuspielen. Ähnliches gilt für Diskussionen zum demografischen Wandel, zur »Vergreisung« der Gesellschaft und zu den daraus (angeblich) erwachsenden Finanzierungsproblemen für die Systeme der sozialen Sicherung.

Vor diesem Hintergrund behandeln die AutorInnen dieses Sammelbandes das Verhältnis von Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, wobei sie den gesellschaftlichen Zusammenhang mit der Reichtumsentwicklung berücksichtigen, welcher besonders für das Wohlbefinden und die Bildungschancen benachteiligter (junger) Menschen ausschlaggebend ist. Außerdem skizzieren die Beiträge sozial-, familien- und geschlechterpolitische sowie

Dies und Das

pädagogische Gegenmaßnahmen und Alternativen zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen.

Christoph Butterwegge, Michael Klundt (Hrsg.) *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit.*

Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen 2002, 244 Seiten, Kart. 18,50 EUR, ISBN 3-8100-3082-1

Neuer Materialdienst der Aktion Jugendschutz Bayern

Einen Überblick über aktuelle Faltblätter, Broschüren und AV-Medien bietet der neue Katalog der Aktion Jugendschutz Bayern.

Fachkräfte der Jugend- und Gesundheitsämter, in Beratungsstellen, in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch Lehrkräfte aller Schularten sowie MitarbeiterInnen in Kindertagesstätten finden auf 53 Seiten praxisbewährtes und neues Material aus den Bereichen Suchtprävention, Medienpädagogik, Gewaltprävention, Sexualpädagogik und AIDS-Prävention, Sexuelle Gewalt, Konsumerziehung und Schulden, Ausbildung und Beruf, Esoterik – Neureligiöse Bewegungen – Okkultismus, Migration und einige mehr.

Der neue Materialdienst kann kostenlos angefordert werden bei:

Aktion Jugendschutz,

Fasaneriestraße 17, 80636 München,

Fax: 089-12157399,

E-Mail: info@aj-bayern.de

Der aktuelle Materialdienst steht auch online zur Verfügung unter

www.bayern.jugendschutz.de

Toleranz im Blick –

Schüler zeichnen gegen Diskriminierung

Ein scharfer Blick für die Wirklichkeit, ein sensibles Gespür für Ausgrenzung und eine kritische Distanz zum Thema Diskriminierung – 8.322 Kinder und Jugendliche bewiesen beim Karikaturenwettbewerb des Studienkreises der Gesellschaft für angewandte Methodik im Schulunterricht, dass in vielen von ihnen nicht nur zeichnerisches Talent schlummert, sondern ein hohes gesellschaftliches Verantwortungsgefühl.

Zum vierten Mal hat der Studienkreis mit seinem Karikaturwettbewerb unter der Schirmherrschaft von Paul Spiegel, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland e.V., ein brisantes aktuelles Thema aufgegriffen. Aus den Einsendun-

gen zum Thema Diskriminierung hat eine Jury mehr als hundert ausgewählt und in einer Dokumentation zusammengestellt. Diese kann kostenlos angefordert werden in der Studienkreis-Zentrale, Universitätsstraße 104, 44799 Bochum gegen einen mit 1,53 Euro frankierten und adressierten DIN-A4-Rückumschlag.

Nähere Infos zum Wettbewerb und den Preisträgern gibt es im Internet unter www.studienkreis.de oder telefonisch unter 0234-9760-129.

Bayern2 Radio beschäftigt sich mit Bildung und Erziehung

Jeden Montag von 18.35 Uhr bis 19.00 Uhr bietet Bayern2 Radio aktuelle Informationen, Hintergrundberichte, Reportagen und Interviews zu bildungspolitischen Fragen. Thesen, Reformansätze und auch Utopien werden vorgestellt. Das Themenspektrum erstreckt sich von Erziehung über Kindergarten, Schule und Beruf, Ausbildung, Studium, Weiterbildung bis hin zur Erwachsenenbildung.

Neuer online-Servic von ARTE

Seit dem 7. Oktober 2002 bietet der Sender ARTE einen online-Service auf Abonnement an: www.arte-scope.com

In ARTE Scope finden sich:

- Informationsquellen über Frankreich (Filmskripte von auf ARTE ausgestrahlten Reportagen, journalistische Artikel, ein Glossar von Fachausdrücken aus dem audiovisuellen Bereich)
- pädagogisches Material (Auswertung der im Fernsehen gesendeten Beiträge, Analyse von gesellschaftsbezogenen Themen, Sprachübungen und Einfügung des Erlernten in einen Kontext)

ARTE Scope erscheint 14-tägig und hat somit immer einen aktuellen Bezug.

Um mehr über ARTEScope zu erfahren, kann man sich die Demoversion auf der Startseite der WEBSITE anschauen. Dort findet sich auch Näheres zu den Abonnementmodalitäten.

Tag der PhysiklehrerInnen

Am 26.02. 2003 veranstaltet der Lehrstuhl für Didaktik der Physik der LMU München einen als Lehrerfortbildung anerkannten Tag der PhysiklehrerInnen. Er beginnt ab 14.00 Uhr mit einer Ausstellung von Unterrichtsmaterialien. Es folgen Vorträge von Prof. Dr. Theodor W. Hänsch (»Eisige Atome«) und von Dr. Berthold Freitag (»Küchenphysik«.) Anmelde-schluss: 14.02.03. Näheres unter:

jutta.jungbluth-mexis@physik.uni-muenchen.de

Personalratswahlen in kommunalen Schulen:

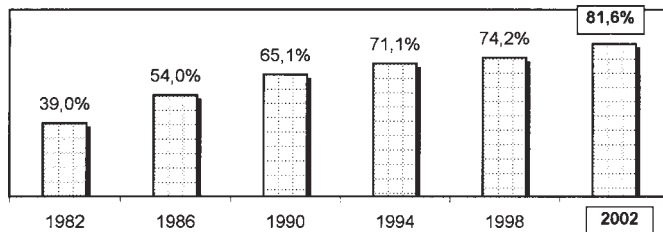
GEW in Nürnberg auf Erfolgskurs

PR-Wahlergebnisse für den Stufenpersonalrat beim Amt für Berufliche Schulen und Schulpädagogik (SchB) der Stadt Nürnberg

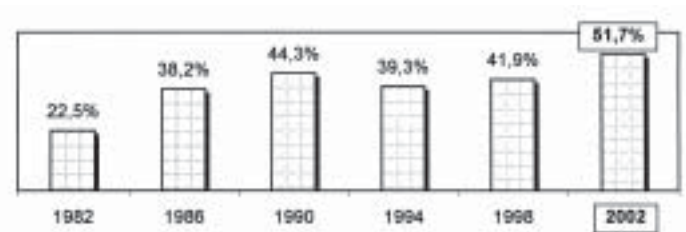
Bei den Personalratswahlen am 25. Juli 2002 konnte die GEW erstmals 5 der insgesamt 7 Sitze im Stufenpersonalrat beim Amt für Berufliche Schulen erringen.

Ein weiterer beachtlicher Erfolg: Im Gesamtpersonalrat der Stadt Nürnberg verfügt die GEW wie bisher über 2 Sitze.

Stimmenanteile bei den Angestellten



Stimmenanteile bei den Beamten



Grafiken: Thomas Kroder

Beachtliche Zuwächse für die GEW in München

Bei der Stadt München wird in drei Stufen gewählt:

Erste Ebene:

Örtliche Personalvertretungen: an ca. 180 Dienststellen (davon 91 Schulen) werden örtliche Personalvertretungen gebildet.

Auf der örtlichen Ebene gibt es wenige Schulen, die Listenwahlen durchführen, so dass ein prozentualer Anteil für GEW-Stimmen nicht zu errechnen ist. An einigen Schulen gibt es eindeutige GEW-Mehrheiten im Personalrat, die aber oft durch Persönlichkeitswahlen zustande gekommen sind. Die Anzahl der bei der GEW gemeldeten PersonalrätInnen liegt für den ganzen städtischen Schulbereich bei ca 65 Personen.

Zweite Ebene:

Der Referatspersonalrat des Schul- und Kultusreferats wird von insgesamt 10983 Beschäftigten gewählt. Es ist damit das größte Referat der Stadt.

Bei den Referatspersonalratswahlen gab es für die Gruppe der **Beamtinnen und Beamten** eine **GEW/ver.di Liste**, die mit **47,1 %** der Stimmen einen beachtlichen Zuwachs im Vergleich zu 1998 (40%) erringen konnte. Die Liste des Beamtenbunds erreichte 52,9%. Damit besteht die Beamtengruppe aus je drei VertreterInnen beider Listen. Für die GEW sind dies: Barbara Schreyögg, Hans-Peter Roth und Georg Simet.

Für die **Angestelltengruppe** gab es zwei gewerkschaftliche Listen und zwei andere: 1. ver.di Pädagoginnen, 2. Gewerkschaftsliste (ver.di/GEW) für Verwaltung und Lehr-

dienst, 3. AML–Arbeitsgemeinschaft Münchner Lehrerverbände, 4. Münchner Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen, MLLV. Das Wahlergebnis brachte für die gewerkschaftlichen Listen 4 Plätze von 9.

Bei den **ArbeiterInnen** gab es zwei Listen: Ver.di errang einen Sitz und die andere Liste ebenfalls.

Damit haben die nicht-gewerkschaftlichen Listen mit einer Stimme nach wie vor die Mehrheit im Gremium und damit den Vorsitz. Wir waren als Opposition aber noch nie so stark und werden dies zu nutzen wissen. Die Zusammenarbeit mit ver.di läuft gut.

Das Schulreferat ist das einzige Referat der Stadt ohne gewerkschaftliche Mehrheit.

Dritte Ebene:

Bei den **Gesamtpersonalratswahlen** hatte die GEW eine Listengemeinschaft mit ver.di und dem Marburger Bund für die BeamtInnen und die Angestellten. Barbara Schreyögg war Listenführerin bei den BeamtInnen (ca. 10 000 Beschäftigte) und ist wiedergewählt worden. Sie ist erneut stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats und damit freigestellt mit Büro im Rathaus als Anlaufstelle.

Bei der Angestelltengruppe (22 000) haben die Lehrkräfte und verstreuten GEW-Mitglieder im sozialpädagogischen Bereich und in der Verwaltung mangels Anzahl keine Chance auf die vorderen Plätze. Unsere Kandidaten schlugen sich aber relativ gut. .

Ver.di/GEW/Marburger Bund haben im Gesamtpersonalrat 11 Sitze gegen 6 Sitze des »Bündnis für München«.

von Barbara Schreyögg

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im November und Dezember Geburtstag feiern, ganz besonders

Parmatma Prakash München
zum **82.** Geburtstag

Maria Danner Hufschlag
zum **80.** Geburtstag

Wilhelm Gebhardt
Rudolf Schmitzpan Happburg
Sonnefeld
zum **79.** Geburtstag

Helmut Röble Neuried
zum **78.** Geburtstag

Alberto Gelardi
Ludwig Jahreis Nürnberg
Nürnberg
zum **73.** Geburtstag

Sigrid Gleixner
Roland Heitel Feldafing
Stockdorf
zum **72.** Geburtstag

Dr. Johannes W. Raum Langenbach
zum **71.** Geburtstag

Nikolaus Himmelstoss Mühlendorf
zum **70.** Geburtstag

Karin Turkowski
Walter Hundhammer
Klaus Peter König
Otto Werner Garching
Füssen
Germering
Kaufbeuren
zum **66.** Geburtstag

Ilse Kiefer Fürth
zum **65.** Geburtstag

Herzlichen Dank!

Wir danken im November und Dezember allen für die Treue zur GEW, ganz besonders

Elisabeth Michalski Frasdorf
für **53** Jahre Mitgliedschaft

Josef Kirchner München
für **52** Jahre Mitgliedschaft

Christa Rebahn
Gertrud Graebner
Karl-Heinz Bachmann
Andreas Vollmer Nürnberg
Kirchberg
Seehausen
Unterschleißheim
für **41** Jahre Mitgliedschaft

Gerhild Fabian
Reinhard Maurer
Hartmut Träger Erlangen
Zirndorf
Fürth
für **36** Jahre Mitgliedschaft

Dietmar Lindner
Hans H. Meier-Scherrmann Ansbach
Germering
für **35** Jahre Mitgliedschaft

mailinglist GEW München und Region

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
Seit über einem Jahr steht die mailinglist der GEW München zur Verfügung. Dort können sich GEW-Mitglieder eintragen und wechselseitig Informationen »posten«. Wir werden i.d.R. keine »rundmails« mehr machen – wir schicken Informationen allgemeiner Art (Konferenzen, Interessantes, Aufrufe, Demos etc.) an diese Liste. Stellt euch das vor wie unsere Vertrauensleutezeitung (vLz) – im Datenformat. Die Liste ist geschlossen (nur für zugelassene Mitglieder). Befreundete Organisationen, welche an die Liste senden sollen, werden von der Geschäftsstelle sorgfältig ausgewählt: pädagogisch, gesellschafts- und kulturpolitisch Interessantes in fachlicher und gewerkschaftlicher Hinsicht – i.d.R. aus dem Großraum München. Ein Netzwerk der Information und fallweise Kommunikation. Unsere zahlreichen, z.T. klasse Veranstaltungen, oft in Kooperation mit weiteren Gewerkschaften oder Bildungsträgern (Irak, Globalisierung, Bücherverbrennung) ... immer annonciert über unsere mailinglist.

Wer sich eintragen will: bitte mail senden. Wer sich (jederzeit) austragen will: dito.

Viel Spaß und guten Kontakt wünscht
dein gew-Stadtverband, www.gew-muenchen.de

Die Junge GEW in Bayern
hat ein Diskussionsforum eingerichtet:
www.junge-gew-bayern.de.vu

Dumme Arbeitgeber- und Vorgesetztenprüche gesucht !

Immer wieder haben wir es nicht nur im sozialpädagogischen Bereich mit überforderten Arbeitgebern und Vorgesetzten zu tun, die in Sachen »Richtiger Umgang mit Menschen/Untergebenen« schlichtweg unfähig und ungeschult sind. Sozialabbau, Arbeitsverdichtung und Arbeitsdruck wird nach unten weitergegeben. Vorgesetzte machen sich leider nur allzu oft zu HandlangerInnen einer nicht mehr zeitgemäßen Arbeitsbelastung und Überlastung.

Daraus entstehen oft ungewollt kabarettreife und dämliche Aussprüche. Diese möchte ich sammeln und in einem Band herausgeben.

Hilfreich für mein Vorhaben sind für uns auch kreative, witzige und schlagfertige Antworten oder eigene Ideen dazu. Dies alles bitte ich euch, an mich zu senden.

Ich bin auf Euere Zusendungen schon richtig gespannt. Den dümmsten Spruch sollten wir mit dem silbernen Kakus prämiieren.

Wolfgang Nördlinger, Beethovenstraße 4, 85057 Ingolstadt
Tel. / Fax : 0841 / 7 42 13 / 98 08 59

E-mail: WolfgangNoerdlinger@t-online.de

BÖCKS SCHEUNE

SELBSTVERSORGERHAUS für junge Gäste aller Art.
29 Betten, idyllische Lage am Dorfrand nahe Kreisstadt Kulmbach/Oberfranken, umgeben von Wald, Wiesen, Feldern. Eigene Spielwiese, Grillplatz, Lagerfeuer, Tischtennis, Tischfußball, etc.

Prospekt/Anmeldung: Uwe Böck, Lehenthal 54,
95326 Kulmbach, Tel. (09221)8 14 31, Fax (09221)92 48 39
www.boecks-scheune.de



Zweiten Warnstreikwelle bei DEKRA

Am 8. November haben die Beschäftigten die Geschäftsleitung aufgefordert, Tarifverhandlungen mit der GEW aufzunehmen. Auch die Münchner KollegInnen waren diesmal aufgerufen. »Bangemachen gilt nicht« war ihr ungeschriebenes Motto. Den zwar zahlenmäßig wenigen, dafür aber fast vollständig erschienenen Beschäftigten war zu keinem Zeitpunkt anzumerken, dass sie zum ersten Mal in ihrem Leben an einem Streik teilnahmen. Und sie ließen auch keinen Zweifel daran, dass es nicht ihre letzter Streiktag gewesen sein soll, falls der DEKRA-Arbeitgeber weiterhin Verhandlungen über einen Haustarifvertrag torpediert.

Zur guten, kämpferischen Stimmung der Streikenden trug insbesondere die positive Resonanz bei, die von den eigenen LehrgangsteilnehmerInnen wie auch von den Passanten zu spüren war - auch von SchülerInnen und Lehrkräften umliegender Weiterbildungs-Institute.

PS: Die Verhandlungskommissionen der GEW Bayern und der bfz-Geschäftsleitung haben am 20. November mittlerweile Haustarifverhandlungen aufgenommen.

Interessante Veranstaltungen ab Dezember 2002

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

04.12.02	Bezirksfachgruppe Sozialpädagogische Berufe Mittelfranken Themen: BAT-Runde, Bildungsmesse April Nürnberg, Kooperation GEW-Fachhochschule	Arbeitssitzung	Nürnberg DGB-Haus, 18.00 Uhr
13.12.02	LTA - Landesausschuss für tarifliche Angelegenheiten	Arbeitssitzung	Nürnberg DGB-Haus, 15.00-19.00 Uhr
08.01.03	Situation der Vorschulerziehung mit Gudrun Lehmann, Stellv. Vorsitzende der GEW Bayern	Mitgliederversammlung	Aschaffenburg DGB-Haus, 20.00 Uhr
22.01.03	Geh mit keinem Fremden mit - das alleine ist es nicht! Bilder- und Fachbücher zur Vorbeugung gegen sexuell Gewalt - vorgestellt von Christine Thurner und Claudia Honsberg	Fortbildung der GEW Erding und Freising	Erding Gasthof Zur Post 19.30 Uhr
25.01.03	LFGA Sozialpädagogische Berufe Danke-Schön-Essen für das HelferInnenteam vom ErzieherInnentag 2002	Feier	Regensburg Alte Mälzerei 10.00 - 18.00 Uhr
27.01.03	PISA-E - die deutsche Ergänzungsstudie Mit Vertretern von Parteien, Eltern, Personalräten	Podiumsdiskussion	Bamberg Neues Palais, 19.30 Uhr
27. - 31.01.03	Einführung in das BetrVG I: Grundlagen der Betriebsratsarbeit Veranstalter: Fischer.Consulting */**	BR-Schulung	Niederpöcking DGB-Bildungsstätte
05.02.03	Bildung: freier Zugang oder freier Handel? mit Christel Faber, GEW-Hauptvorstand	Mitgliederversammlung	Aschaffenburg DGB-Haus, 20.00 Uhr
06.02.03	Das Gegenmodell - Qualität in Kitas, die Kinder, Eltern und Personal wirklich brauchen Kreisverband Würzburg und Sozialpädagogisches Büro	Informationsveranstaltung	Würzburg Rudolf-Alexander-Schröder-Haus, Wilh.-Schwinn-Platz 2
12. - 14.02.03	Grundlagen der Dienstplangestaltung */** Einführung zur Mitbestimmung für BR, PR und MAV Veranstalter: Fischer.Consulting und GEW Bayern	BR/PR/MAV-Schulung	Niederpöcking DGB-Bildungsstätte
15.02.03	Schulpolitische Positionen der GEW Bayern *	Fachkonferenz	München DGB-Haus, 10.00-16.30 Uhr
15.02.03	BAT-Schulung */** (Für GEW-Mitglieder kostenlos) Anmeldung: Sozialpädagogisches Büro der GEW B.Tel.: (09 11)28 92 04, Fax: (09 11)28 92 06, GEW_Soz-Paed@t-online.de	eintägige Schulung	Nürnberg Humanistischer Kindergarten Burgerstraße
15.02.03	Winterwanderung in Oberfranken	Wanderung	Treffpunkt: Oberehrenbach Gasthaus Salb, 15.00 Uhr
17. - 21.02.03	Einführung in das BetrVG II: Beteiligungsrechte bei personellen Angelegenheiten */** Veranstalter: Fischer.Consulting	BR-Schulung	Niederpöcking DGB-Bildungsstätte
20.02.03	Im der Ruhe liegt die Kraft Entspannungsübungen für Lehrkräfte und für den Unterricht - vorgestellt von Karin Baier (Hauptschullehrerin)	Fortbildung der GEW Erding und Freising	Altenerding Hauptschule 19.30 Uhr

* Anmeldung erbeten/Programm über:
GEW-Büro Regensburg, z.Hd. Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./AB/Fax: 09 41-79 36 95, E-Mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

GEW-Stammtische • Mitgliederversammlungen • sonstige Termine • Kleinanzeigen

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95

Aschaffenburg jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia
Kontakt: Christiane Weyel, ☎ 0 60 21/5 77 38

Bad Neustadt jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Röhnerle
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Bistro JoJo, Schulstraße
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

Coburg jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Münchner Hofbräu
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, DGB-Heim
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16 oder 9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Hof 11.12., 20.00 Uhr China-Garten, Hof
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 0 92 81/9 39 21

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau jeden 3. Dienstag in unger. Monaten, 20 Uhr, Weinstube Reutin
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund-Haupt- und Förderschulen
jeden 3. Montag im Monat, 18.30 - 20.30 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Sabine Heigl, ☎ 0 89/2 71 38 39

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe jeden Dienstag 19.00 Uhr, AStA Uni München
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Pfaffenhofen/Niederscheyern jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräuklaus
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Rosenheimer Hof
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Hannsjörg Bergmann, ☎ 09 61/41 89 71

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

GEW-Bayern, 80336 München, Schwanthalerstr. 64, Postvertriebsstück B 2126 F Gebühr bezahlt

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

GEW Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

ver.di Vereinigte Dienstleistungs-
gewerkschaft e.V.
Landesbezirksleitung Bayern
Ressort E

An alle ver.di-Bezirke und GEW-Kreisverbände in Bayern

München, den 18.11.2002

Gemeinsame Aktionen ver.di/GEW in den Tarifauseinandersetzungen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
nach dem Verlauf der ersten Verhandlungsrunde ist zu erwarten, dass die Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst hart werden.

Die Arbeitgeber haben alle unsere Forderungen zurückgewiesen und beharren auf einer Nullrunde.

Darüber hinaus versuchen einige Ministerpräsidenten im Beamtenrecht die Kürzung und Streichung von Besoldungsbestandteilen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie eine Absenkung des allgemeinen Besoldungsniveaus für die Länder durchzusetzen und entsprechende Regelungen in den aktuellen Tarifverhandlungen einzufordern.

Diese Positionen der Arbeitgeber betrachten wir als eine Provokation für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Um uns dagegen zu behaupten, ist ein geschlossenes Vorgehen nach innen und außen und eine hohe Kampfbereitschaft nötig.

Dazu ist die Zusammenarbeit der beteiligten Gewerkschaften und die Koordinierung gemeinsamer Aktionen dringend erforderlich.

Wir bitten die Verantwortlichen von ver.di und GEW, dies insbesondere bei der Planung von Aktionen auf örtlicher und regionaler Ebene umzusetzen.

Aktuell ist davon auszugehen, dass **Proteste und Aktionen vom 5. bis 11. Dezember und vom 14. bis 18. Dezember** durchgeführt werden.

Wir rufen alle Mitglieder – ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen – von ver.di und GEW auf, sich an diesen Protestveranstaltungen zu beteiligen.

Michael Wendl, Stellv. Landesbezirksleiter ver.di Bayern
Schorsch Wiesmaier, Landesvorsitzender GEW Bayern